

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei
Einsendung der Retourmarken.

Ersteinstellung mit Ausnahme
des Sonntags (1923)

Antisemitismus der Jungen.

An den deutschen Hochschulen lebt sich die Gelbdenke der Arischtümlichen wieder einmal gründlich aus. In Prag wußte diese Gattung die Deffentlichkeit einige Wochen hindurch damit zu belästigen, daß sie immer aufs neue versicherte, es sei unerträglich, daß an der deutschen Universität zwei Professoren jüdischer Konfession, von denen der eine noch dazu ein Sozialdemokrat, der andere Kommunist ist, Vorlesungen halten. Die jungen Herren fanden diesmal beim Professorenkollegium, dem die Regierung das Rücktrat ein wenig gestiftet hatte, nicht viel Rücksichtnahme auf ihr zartest Gefühlleben, das sie beim Anblick jeder Judennase erschauern läßt, und sie streckten daher die Drohungen, mit denen sie eine Zeitlang herumgeschmeißelt hatten, vorläufig ein. Man kann aber bei der Kenntnis ihrer Psyche und ihrer geistigen Veranlagung sicher damit rechnen, daß sie bald wieder den Kriegspfad betreten werden, um mit Köpfseln, den Argumenten ihrer deutschblütigen Gesinnung, nach Professoren und Mit Hörern zu werfen, deren Konfession, Rasse und politische Gesinnung von ihnen unliebsam empfunden wird. Der Geist des Hakenkreuzertums, der sich zu einem Teile aus Haß gegen die Arbeiterschaft, zum anderen aus Haß gegen die Juden zusammensetzt, schützt sie davor, ihrer grundsätzlichen Selbstwüchsigkeit zu entwachsen. Daß es sich um einen die heutige völkische Studentenschaft allgemein beherrschenden „Geist“ handelt, erweisen die Vorfälle an den Hochschulen in Graz und Wien aus den letzten Tagen. In Graz suchten sie die Lehr- und Lernfreiheit der Universität dadurch zu schützen, daß sie gegen einige jüdische Studenten und Studentinnen mit Stöcken und Gummiknüppeln losgingen. Als sie von der Polizei verdrängt wurden, zogen sie grölend, johlend und pfeifend durch die Straßen und suchten ein Kaffeehaus, in dem einige jüdische Gäste saßen, zu stürmen, wobei die Parole ausgegeben wurde, die „Juden zu prügeln, ihnen die Kleider vom Leibe zu reißen und nach durch die Straßen zu jagen“. Tatsächlich suchten sie dieses Werk der Rettung und kulturellen Wiedergeburt des deutschen Volkes dadurch zu beginnen, daß sie einige Personen hinausjerrten und nur die Polizei verhinderte die rauffustigen Kappelträger, weiter an der Förderung der deutschen Kulturbelange tätig zu sein. Auch in Wien betätigten die deutschnationalen Studenten ihre Hakenkreuzerbegeisterung damit, daß sie jüdische Studenten mit Schlägern und Gummiknüppeln von der Teilnahme an den Vorlesungen ausschließen wollten. Sie taten noch ein übriges: sie machten eine Vorlesung des Professors Dr. Tandler, der ein Gelehrter von Welt Ruf ist, durch Schimpfen und Drohungen unmöglich und später überfielen sie ihn sogar in seinem Institut, wobei sie ihn tätlich bedrohten und geradezu hinauswarfen. Daß sie ihren unerhörten Missetat begehen konnten, ist der sogenannten „akademischen Freiheit“ zu danken, welche einstmal den Hochschulen als Schutz der Lehr- und Lernfreiheit gegen Uebergriffe der Obrigkeit gewährt wurde, welche aber der Terrorismus und freche Uebermut der Hakenkreuzler zu einer Schändung der Freiheit der Wissenschaft und zu einem Schutze der Wüßereien der durch Phrasen und Alkohol beaufschten deutschnationalen Jünglinge gemacht hat.

Es geht also um eine allgemeine Erscheinung bei den jungen Leuten, die in ihrer Unreife und Ueberheblichkeit sich einbilden, die berufensten Träger des „deutschen Gedankens“ und der „deutschen Belange“ zu sein. Zur Zeit ist der Judenhaß das hervorstechendste Merkmal ihrer völkischen Gesinnung, oder was sich so nennt. Das war nicht immer in gleichem Maße der Fall. Man erinnert sich an Wahlbewegungen, bei denen die deutschnationalen Studenten Hand in Hand mit den bürgerlichen Juden für das „Deutschtum“ gegen die deut-

Eine Bürgerblut-Regierung.

Der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald als Kanzlerkandidat im Vordergrunde. - Gegen das Kabinett der Bourgeoisie die unverföhnliche Opposition der Sozialdemokraten.

Berlin, 27. November. (Eigenbericht.) Der vom Reichspräsidenten als Reichskanzler in Aussicht genommene frühere Reichsfinanzminister Dr. Albert ist vor dem Widerstand der bürgerlichen Parteien zurückgewichen und hat den Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurückgegeben. Heute wurde den ganzen Tag zwischen den Parteien der Arbeiterschaft und den Deutschnationalen über die Herstellung eines Bürgerbluts verhandelt, die Deutsche Volkspartei will vorbehaltlos mitmachen, die Demokraten lehnen den Eintritt in den Bürgerblock ab, wollen ihn aber unter gewissen Voraussetzungen tolerieren. Das Zentrum stellte den Deutschnationalen mehrere Bedingungen: sie sollen die Verfassung von Weimar anerkennen, nichts gegen den Vertrag von Versailles unternehmen, das Verlangen nach einer vorübergehenden Preisgabe des Rhein- und Ruhrgebietes fallen lassen, und sich mit der allgemeinen Fortführung der Politik des Kabinetts Stresemanns einverstanden erklären. Die Verhandlungen darüber zwischen den Parteien führten zu keinem Ergebnisse. Die Entscheidung wurde deshalb den Fraktionen überlassen. Die Deutschnationalen stellten die Gegenforderung, daß mit ihrem Eintritte in die Regierung des Reiches die jetzige Koalitionsregierung in Preußen zwischen der Sozialdemokratie, den Demokraten, dem Zentrum und der Deutschen

Volkspartei aufgelöst werde. Das Zentrum lehnte diese Forderung ab und die Volkspartei beschloß, die Parteien im preussischen Landtage über diese Frage entscheiden zu lassen. Die deutschnationale Fraktion hatte am späten Abend ihre Beratungen noch nicht beendet.

Wenn alle diese Verhandlungen auch heute noch nicht zu einem Abschlusse gekommen sind, so ist doch mit dem Zustandekommen eines Bürgerbluts zu rechnen. Der geeignetste Kanzlerkandidat wird dann Herr Adam Stegerwald vom Zentrum, der frühere preussische Ministerpräsident. Er hat sich schon seit Jahr und Tag um das Zustandekommen eines Bürgerbluts bemüht und bei den bürgerlichen Parteien dürfte man sich mit der Hoffnung trösten, durch ihn als Führer der christlichen Gewerkschaften auch die nichtsozialdemokratischen Arbeiter für eine nach rechts orientierte Regierung gewinnen zu können. Für die Sozialdemokratie würde die Bildung einer Regierung des Bürgerbluts die offene Kampfansage der gesamten Bourgeoisie an die Arbeiterschaft bedeuten. Deshalb ist die Stellung unserer Partei zu dieser Regierung von vornherein gegeben. Sie wird die der unverföhnlichen Opposition sein und zum Ziele haben, die Arbeiterschaft wieder zum gemeinsamen Kampfe gegen das Kapital zu sammeln.

Ein reaktionäres Kabinett.

Der Monarchist Heßlerich soll Finanzminister werden.

Berlin, 27. November. Nach Informationen aus parlamentarischen Kreisen, die den Rechtsparteien nahe stehen, können die Schwierigkeiten der Bildung eines bürgerlichen Kabinetts im wesentlichen als überwunden betrachtet werden. Folgende Liste, welche aber noch nicht vollständig ist und auch noch Veränderungen erfahren kann, wird bereits genannt:

Stegerwald (Zentrum) Kanzler, Stresemann (der aber noch nicht zugestimmt hat) Aukerred, Jarres Inneres, Arbeitsminister Dr. Braun und Postminister Sülle bleiben, Schiele (Deutschnationaler) Ernährung, Heßlerich Finanzen. Für das Reichswehrministerium hofft man Gehler zu gewinnen.

schen Sozialdemokraten agitieren. Damals hatten die Arischtümlichen noch andere hauptsächlich Ideale. Und diese Ideale wandelten sich sehr gründlich im Laufe der Zeit. Als noch Schönerer im politischen Leben stand, galt als Lösung für die nationale Wiedergeburt des deutschen Volkes die Abkehr vom römischen Merkantilismus. Nicht „Los von Rom“ zu gehen, galt als schweres völkisches Verbrechen. In Wort, Schrift und Bild kündigten die Deutschnationalen dem römischen Merkantilismus Krieg, Tod und Untergang. Da waltete auch das Blut der Jungen und ihre Schläger hatten kein höheres Ziel, als auf den Köpfen der „Katholiken“ zu zerbrechen. Daß auch die merkantilen Studenten „Farben“ tragen wollten, erschien allen echtgermanischen Heldenjungen als denkbar ärgste Provokation, und sie behaupteten, ihr Antimerkantilismus wäre so stark, daß er sie hindere, sich mit den katholisch-merkantilen Studenten auch nur an einen Tisch zu setzen. Die Betätigung dieses Ideals erforderte es, daß die deutschnationalen Jünglinge zu wiederholtenmalen die Köpfe der „Katholischen“ blutig schlugen. Wo sind heute diese Ideale! Man wird sie bei den Nachgeburt des deutschen Kulturgeistes vergeblich suchen. Die ehemaligen „Los von Rom“-Schreier haben mit dem Merkantilismus längst Frieden geschlossen, sie übertreffen sogar die Merkantilen an Antisemitismus und reaktionärer Gesinnung und wahren Schulter an Schulter mit ihnen das, was sie ihre Athernheit als die höchsten Güter der Nation bezeichnen läßt. Später übten die Schläger der deutschblütigen Studenten den Schutze der deutschen Belange dadurch, daß sie die italienischen Studenten in

Wien und Innsbruck verprügelten und an der Demolierung der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck teilnahmen. Ihr unentwegt deutschnationales Verwufsein verbot es ihnen damals, zu dulden, daß italienischen Studenten aus Triest und Südtirol die geringsten Rechte eingeräumt wurden, wobei sie ihre hoffnungslose Unwissenheit vor der Erkenntnis bewahrte, daß sie dadurch dem italienischen Irredentismus die wirkungsvollste Hilfe leisteten. Den gleichen Irredentismus und Nationalismus förderten die grünen Jungen bei den Tschechen, wie überhaupt die Unterordnung der deutsch-bürgerlichen Politik unter die läppischen Ambitionen der völkischen Studenten den Deutschen in Oesterreich schon vor dem Kriege, aber besonders nach dem Umsturz unberechenbaren Schaden zugefügt hat.

Zur Zeit ist das Ideal der junggermanischen Madaubröder der Antisemitismus. Es gilt als oberster Grundsatz aller Nachbeter Hitlecher Gebote, die Juden aufs tiefste zu hassen, denn diese sind nach dem hakenkreuzlerischen Dogma an allem Unglück in der Welt schuld: am verlorenen Kriege, an der Novemberrevolution, am Elend des deutschen Volkes, an der Zerrüttung der Welt, am Versailler Friedensvertrag und an der letzten Sonnensinnsternis. Die Befreiung des deutschen Volkes kann erst nach gründlicher Vernichtung des „jüdischen Geistes“ und Austreibung aller Juden erfolgen. Kein Wunder, daß bei den völkischen Studenten, die aus Schläger, Cerebis und Kanontiefeln ein Evangelium gemacht haben, die antisemitische Heilslehre zündend einschlagen mußte. Verjagung der Juden! Welche herrliche Idee! Wie berauschend das Schlagwort vom

Die Böllischen geben schon den Ton an

Berlin, 27. November. Das Ergebnis der Fraktionsstimmung der Deutschnationalen soll für die Bildung des bürgerlichen Blocks ein günstiges Ergebnis gezeitigt haben. Die Deutschnationalen sprechen die Erwartung aus, daß auch in Preußen eine ähnliche Regierungskombination wie im Reiche geschaffen wird.

Berliner Parteiberatung.

Berlin, 27. November. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Parteiaussschuß trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der Genosse Hermann Müller einen Vortrag über die Reichspolitik hielt. In der Debatte wurden die Zustände in Bayern, Sachsen und Thüringen und die Verhältnisse im besetzten Gebiete eingehend behandelt. Zur Regierungsfrage wurde ein Beschluß nicht gefaßt, da nach der Haltung der bürgerlichen Parteien die Voraussetzungen für eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung nicht gegeben sind. Die Debatte ergab, daß die große Mehrheit des Parteiaussschusses mit der Haltung der Fraktion gegen das Kabinett Stresemann einverstanden war. In der Fortsetzung der Beratungen teilte der Genosse Wels mit, welche Schritte der Parteivorstand unternommen hatte, um den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zu veranlassen, die Behauptungen zu beweisen, die er über die angebliche moralische Korruption in führenden Berliner Parteikreisen aufgestellt hatte. Der Parteiaussschuß stellte fest, daß Dr. Zeigner auf wiederholte Aufforderungen die Behauptungen weder aufrecht erhalten, noch bewiesen habe. Des weiteren beschäftigte sich der Parteiaussschuß in längerer Aussprache, die durch ein ausführliches Referat des Genossen Wels eingeleitet wurde, mit der in der Partei bestehenden organisierten Opposition.

Eine kommunistische Rundgebung der verbotenen Partei.

Berlin, 27. November. (Eigenbericht.) Die kommunistische Partei hatte auf Anordnung der Moskauer Exekutive ihre Anhänger zu einer Demonstration nach dem Lustgarten aufgebeten. Einige tausend Personen hatten sich eingefunden, aber auch die Polizei war erschienen. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen und mehrfach wurden auch Schüsse gewechselt. Um 7 Uhr erfolgte der geordnete Abmarsch der Teilnehmer an der Rundgebung.

Numerus clausus! Wenn erst weniger Juden zum Studium zugelassen werden, dann brauchen die Arischtümlichen, deren wertvollster Körperteil ohnehin nicht ihr Kopf ist, noch weniger als jetzt zu lernen. Nur reinrassige, „deutschbewußte“ Professoren! Welches Ideal würden die Hochschulen werden, wenn die Zulassung zur Lehrkanzeln vom Grade der Verehrung für das Hakenkreuz abhängig sein würde! Es fehlt natürlich den jungen Leuten Verstand und Erfahrung, um die Motive ihrer älteren Gesinnungsgenossen für die Aufpeitschung des Judenhasses zu erkennen, die von diesen betrieben wird, weil sie hoffen, daß dieser Haß die Erinnerung an ihre eigenen Verbrechen austilgt. Die Studenten nehmen dagegen dieses Judengeschrei bitter ernst und sehen nicht, wie die politischen Parteien, denen sie Gefolgschaft leisten, sich mit den reichen Juden noch immer gut zu vertragen verstanden haben, und daß sie beispielsweise bei den letzten Nationalratswahlen in Oesterreich in einheitlicher Front mit den jüdischen Bankherren und Großindustriellen einhermarschierten.

Natürlich kann der Umstand, daß die deutschnationalen Studenten das Opfer der demagogischen vergiftenden Politik ihrer erwachsenen Lehrmeister sind, sie nicht entschuldigen. Der hakenkreuzlerische Terror an den Hochschulen ist nachgerade lange genug geduldet worden. Der Unfug bedroht ernstlich die Freiheit der Wissenschaft. Es kann daher sehr leicht geschehen, daß eines Tages die Arbeiter, des frechen hakenkreuzlerischen Uebermutes satt, jene Ordnung und Freiheit schaffen, welche der Terror einer entarteten Minderheit von Studenten freventlich stört!

Schul- und Kulturfragen.

Fortsetzung der Budgetberatung im Abgeordnetenhaus.

Berlin, 27. November. (Wolff.) Nach der Demonstration im Lustgarten kam es noch an einer anderen Stelle im Zentrum der Stadt zu einem schweren Zusammenstoß, wobei die Polizei von der Schusswaffe und von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machte. Drei Beamte und einige Demonstranten wurden verletzt. Insgesamt hat die Schutzpolizei nach den bisherigen Meldungen 77 Personen festgenommen, darunter die kommunistische Landtagsabgeordnete Wolffstein.

Mit Bomben gegen das Parteiverbot.

Stuttgart, 27. November. (Wolff.) Nach amtlicher Mitteilung erfolgte Sonntagabend vor dem Gebäude der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ eine heftige Explosion, die auf die Anwendung eines äußerst stark geladenen Sprengkörpers schließen läßt. Da die Explosion unmittelbar vor dem Räume in dem Erdgeschoss erfolgte, in dem aus Anlaß der polizeilichen Beschlagnahme des Gebäudes eine Wache der Schutzpolizei stationiert war, scheint der Anschlag gegen die letztere gerichtet gewesen zu sein. Verletzt wurde niemand, jedoch ist der Sachschaden in dem Gebäude und in der Nachbarschaft erheblich.

Keine Reform, sondern gänzlicher Abbau!

Paris, 27. November. Der „Matin“, der am Sonntag über finanzielle Schwierigkeiten der Reparationskommission berichtet hat, glaubt zu wissen, daß die Delegierten eine Umorganisation der Reparationskommission für notwendig halten. Das Büro sei viel zu umfangreich. Auch das Generalsekretariat biete die Möglichkeit von Personal- und Gehaltseinsparungen. Es stehe fest, daß die Bedeutung der Reparationskommission als Werkzeug des Versailler Vertrages in vollem Umfang die gleiche geblieben sei, daß jedoch eine Anzahl von Abteilungen nahezu unnütz geworden seien.

Deutschland darf nicht vernichtet werden!

Aus einer Wahlrede Asquiths.

Rotterdam, 27. November. Laut dem „Courant“ sprach Asquith am Sonntag in seiner Wahlrede in Glasgow, der Zusammenbruch Deutschlands sei nicht das englische Kriegsziel 1914 gewesen. Diese Entwicklung der Entente hätte man nicht voraussehen können, sonst würde man nicht den Krieg bedingungslos fortgeführt haben. Deutschland sei besiegt, dürfe aber nicht vernichtet werden. Es sei ein tragisches Bild, wohin Parteien ein Reich bringe, das einst zu den mächtigsten der Erde gezählt habe.

Die Hitler-Leute im Spiegel ihrer Freunde.

„Erbärmliche Feigheit“!

Die Berliner „Staatsbürgerzeitung“, die sich als Organ der „nationalrepublikanischen Partei“ bezeichnet, ein deutschvölkisch-antisemitisches Heftblatt, schreibt in einer langen Besprechung über den Hitler-Putsch neben den wütendsten Angriffen auf die „erbärmlichen Verräter“ von Röhr, Löffow und Kapitän Ehrhardt über die Hitler-Leute folgendes:

„Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“, der dem Hitler-Putsch anwohnte, bezeichnet als die bemerkenswerteste Tatsache des Hitler-Putsches die erbärmliche Feigheit der Hitler-Leute. Jahrelang waren sie auf diesen Putsch gedrillt worden. Schwer bewaffnet und in Stahlhelm marschierten sie in militärischer Formation der Reichswehr entgegen. Da — ein paar Schüsse der Reichswehr und die ganze Hitler-Garde sticht auseinander. Von Kampf ist keine Rede. Alles flieht. Der Engländer gesteht, eine solche Feigheit habe er nicht für möglich gehalten.“

Nun wäre das Natürlichste gewesen, die Kampfverbände hätten sich irgendwo gesammelt und dort den Kampf aufgenommen. Aber nein. Die paar Flintenschüsse der Reichswehr hatten in zwei Minuten die ganze Hitler-Bewegung erledigt. Nie ist die Partei kläglich zusammengefallen. Sollen die Deutschvölkischen fortfahren, wie bisher Kampfverbände zu organisieren und einen neuen Putsch vorzubereiten? Wir glauben, daß die deutschvölkischen Massen den Glauben an ihre Führer verloren haben. In Wagnern konnten die Deutschvölkischen als Nationalsozialisten unter den denkbar günstigsten Verhältnissen ihre Staatsreichsidee vorbereiten. Geld war in Hülle und Fülle vorhanden. Die Behörden bereiteten der offen betriebenen militärischen Organisation der Kampfverbände keine Schwierigkeiten. Und trotz alledem der fürchterliche Zusammenbruch. Wenn der deutschvölkische Putsch in Wagnern nicht glückte, glückte er wo anders erst recht nicht. Deutschvölkisch am Scheidewege: Mit dem Kopf die Wand antennen oder die Taktik ändern?

Daß die deutschvölkischen Führer allerdings aus der Münchener Katastrophe etwas lernen sollen, das hieße, ihre Intelligenz zu hoch einschätzen.

Der akademische Senat der Wiener Universität beschloß, den Universitätsbetrieb während unter Aufsicht der Behörde des Legationszweiges und des Farbenverbotes wieder zu eröffnen.

Prag, 27. November 1923. Bei Beginn der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst der Rechnungsabschluß für das Jahr 1920 dem Budgetausschusse zugeteilt und sodann in die Spezialdebatte über die dritte Gruppe des Budgets, über die Kulturgruppe, welche das 3. Kapitel „Ministerium für Schulwesen und Volkskultur“ umfaßt, eingegangen.

Schollisch entdeckt die den deutschen Schulen drohende Hauptgefahr.

Den Reigen der Redner eröffnete heute der Deutschnationale Schollisch, der die Hauptgefahr für die deutschen Schulen, nicht etwa in den Schulsperrungen erblickt, sondern in den — Juden. Er sagte hierbei unter anderem: Wir wünschen eine Verlegung der deutschen Hochschulen so rasch als möglich, sollten einige Professoren anderer Ansicht sein, so verkörpert diese nicht den Willen des deutschen Volkes. Dabei muß ich auch auf die Gefahr zu sprechen kommen, welche dem deutschen Volke durch die Verjudung der Hochschule droht. Im Schuljahre 1922—1923 betrug die Zahl der jüdischen Hörer 37.91 Prozent, an der medizinischen Fakultät z. B. waren 59.55 Prozent Juden, wohin soll das in der Zukunft führen? Dazu kommt, daß 36.05 Prozent der Professoren ebenfalls Juden sind. Wir verlangen daher die Einführung des „Numerus clausus“ nach Maßgabe der jüdischen Bevölkerung im Staate, wir verstehen deshalb den Kampf der deutschvölkischen Hörerschaft und begreifen ihn. Wir verlangen die Studentenchaft unserer wertvollsten Unterstufe. Auch eine ganze Reihe anderer Hochschulforderungen harret noch immer der Verwirklichung. Die Schulpolitik der Regierung und die Zurücksetzung bei Ausgestaltung des deutschen Schulwesens löst uns nicht bloß das größte Mißtrauen ein, sondern zwingt uns den schärfsten Kampf um die nationale Selbstverwirklichung unseres Schulwesens auf. In diesem Kampfe ist uns jedes Mittel, ob gesetzlich oder ungesetzlich, recht.

Eine Rede für die Journalisten.

Der nächste Sprecher war der tschechische Nationalsozialist Sladky. Er erklärte, daß Sparen beim Schulbudget nicht am Platze ist und besaß sich sodann ausführlich mit der Bedeutung der Presse und der Journalisten. Gerade wie ein Lehrer die Kinder im Alter von 6—14 Jahren erzieht, so wirkt auch der Journalist auf die Weltanschauung, die Gesinnung und die öffentliche Meinung von Millionen Erwachsener. Deshalb muß der Staat und insbesondere die Regierung ihre Pflicht zu den Journalisten erfüllen. Es ist nötig, daß eine Reihe berechtigter Forderungen sozialen und Standescharakteres Gesetz werde. Es ist vor allem eine moderne Regelung des Dienstverhältnisses der Redakteure zu den Arbeitgebern und die Gesehwörung der Kranken, Alters- und Unfallversicherung der Journalisten nötig. Es ist eine Schande für die ganze Menschheit, daß der Journalist, der in der Arbeit für die Kultur ergraut ist, 110 Kronen monatlich im Falle der Arbeitsunfähigkeit erhält. (Hört, hört!) Es ist nötig, ein Heim für Journalisten auf einem der beschlagnahmten Redner die Errichtung einer Zeitungslamprohgrundbesitze zu errichten, ferner verlangt mer, eines Journalistenhauses, einer Journalistenschule und eine Reorganisierung des tschechischen Presbüros. Nötig ist auch eine gerechte Pressefreiheit und eine besondere Prehabteilung beim Schulministerium für Kulturfragen. Es ist zu hoffen, daß der Schulminister, der selbst ein Journalist ist, die Forderungen der Presse zu seinen eigenen erhebt und in der Regierung auch durchsetzt.

Die Hamletfrage der gemeinsamen Heimat.

Dr. Spina (Bd. d. Landw.) führte u. a. aus: Auf die Aeußerung des Unterrichtsministers, daß die deutsche Hochschule ihre Hamletfrage gelöst habe, möchte ich, bemerken, daß der Minister nicht berücksichtigt hat, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Hamletfrage nicht mehr Verlegung oder Nichtverlegung, sondern das nackte Sein oder Nichtsein eines ernstwissenschaftlichen Betriebes bedeutet. Es steht nicht in unserer Macht, aus der Hochschule eine Verlegungsfrage zu machen. Ich mußte mich darauf beschränken, zu beweisen, daß heute den deutschen Hochschulen selbst auf Prager Boden eine gedeihliche Wirksamkeit unmöglich gemacht wird. Die Hamletfrage ist Sein oder Nichtsein auf dem Boden, auf dem seinerzeit die Geschichte unsere Hochschule gestellt hat, und wo sie solange aushalten wird, bis vielleicht die Geschichte ein neues Blatt aufschlagen wird. Unsere Pflicht ist es, unsere Hochschulen ungeschmälert zu wahren und unserer Völke die Möglichkeit zu geben, sich unter allen Umständen einen ersten und modernen Lehrbetrieb und einen gut ausgebildeten akademischen Nachwuchs zu sichern. Wenn der Minister die Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, nunmehr den deutschen Hochschulen die nötigen Investitionen zuzulassen, so kann dieses Anerbieten angenommen oder abgelehnt werden. Mein völkisches Gewissen zwingt mich, zu erklären, daß ich die Ablehnung als eine schwerere Verurteilung an der Kultur unseres Volkes und an der Zukunft

dieser Kultur betrachten muß. Ich behaupte, dieses Anerbieten muß angenommen werden, weil die Erfüllung zeigen wird, ob die Bereitwilligkeit des Ministers eine echte war. Lehnen wir ab, so würden wir der Regierung diesen Beweis ersparen und sie hätte die Ausrede zur Hand, daß für die Bedürfnisse der Hochschule nichts zu geschehen braucht, weil die Deutschen eine Förderung gar nicht wollen. Wer der Regierung die Möglichkeit einer solchen Argumentation liefert, müßte dem deutschen Volke die Möglichkeit geben, aus eigener Kraft die Verlegung durchzuführen. Bei den bestehenden Verhältnissen kann dies kein seiner Verantwortung bewußter Politiker riskieren.

Mit dem radikalsten deutschen Standpunkte verlegt man keine Hochschule, sondern nur leider die Erhaltung und Ausgestaltung des vorhandenen deutschen Hochschulwesens.

Geben Sie uns das Recht, uns zu bilden, wie wir wollen. Wenn auch heute nicht mehr gegen die deutschen Schulen so vorgegangen wird, wie in den früheren Jahren, die Hamletfrage ist geblieben: sie existiert nicht nur für uns, sie existiert auch für Sie meine Herren von der Gegenseite, für die gegenwärtige Regierung und für das ganze tschechische Volk, die Frage, wie Sie sich gegenüber unseren kulturellen Forderungen verhalten wollen. Auch der Staat als solcher hat seine Hamletfrage; ihre Lösung hängt davon ab, ob das tschechische Volk die Einsicht aufbringt, sich auf den Boden des Staates als einer gemeinsamen Heimat zu stellen und die Stellung der Deutschen als Heimatgenossen zu erkennen

und dementsprechend auszugestalten. Gemeinsame Heimat bedeutet aber vollständige Gleichberechtigung. Gelingt dem tschechischen Volke das, dann wäre nicht nur die Hamletfrage unserer Hochschule, sondern auch die Hamletfrage der gemeinsamen Heimat gelöst. Die Gegenwart ist ein Staat, in welchem ein deutsches Millionenvolk lebt und sich unter allen Umständen lebend erhalten muß. Die Kraft und das Recht dazu kann uns auf dieser Welt niemand abstreifen.

Der tschechisch-herilale Rappart hielt eine mittelalterliche Rede, in der er unter anderem behauptete, der Sozialismus habe das Familienleben vernichtet, wie auch die vielen Ebertrennungen auf den Einfluß der Grundlosigkeit und Unverantwortlichkeit des Sozialismus zurückzuführen sind. Die Kommunisten unterdrücken den Redner einige Male.

„Lautlich rief: „Wann werden Sie, Herr Minister, heiraten?“

Nach dem Kommunisten Houser sprach für den Klub der sozialistischen Einigung Charbat. Als dringende Forderung der heutigen Zeit bezeichnet er die Reorganisation der Mittelschule, die einen bürgerlichen Klassencharakter trägt. Die Mittelschule muß ihrer intelligenzlerischen Konstruktion entledigt werden und neue schaffende Methoden anwenden.

Ulrich (tschech. Sozdem.) befaßt sich mit der ungerechten Einhebung der Kirchensteuer in der Slowakei und behandelt die Zustände in den konfessionellen Schulen, für deren Aufhebung er pladiert.

Genosijn Deutsch

fürte Klage über die unzureichende Vorfürsorge für den Kinderschutz und doch ist die, wie die Jugendfürsorge überhaupt, eine Angelegenheit des Staates, der er sich in intensivstem Maße zu widmen hätte. Den Kinderschutz regelt bei uns noch immer ausschließlich das Armengefes vom Jahre 1868, welches den Anforderungen der Jetztzeit nicht mehr entspricht. Die Jugendfürsorge ist bei uns zum größten Teile auf die private Wohltätigkeit angewiesen. Die staatlichen Subventionen sind vollkommen ungenügend und dabei werden gerade die deutschen Jugendfürsorgeinstitutionen stiefmütterlich behandelt.

Aus dem Vorschlage ist überhaupt nicht ersichtlich, in welchem Verhältnis die veranlagten Gelder zwischen den tschechischen und deutschen Anstalten aufgeteilt werden. Die Jugendfürsorge müßte vom Staate weit großzügiger betrieben werden, als dies tatsächlich der Fall ist. Auch die staatliche Erziehungsarbeit ist auf einer ganz problematischen Grundlage aufgebaut, und die Organisation der „Kindersreunde“, welche sich diese Aufgabe zu eigen gemacht hat, findet seitens der Regierung überhaupt keine Unterstützung. Sehr gering ist auch das Interesse, welches der Staat der körperlichen Erziehung widmet, was schon daraus zu ersehen ist, daß einerseits der Aufwand des Gesundheitsministeriums mit 159 Millionen nahezu gleichgestellt ist jenem für die Luftschiffahrt, für welche 147 Millionen vorgesehen sind, andererseits aber von dem gesamten Vorschlag des Gesundheitsministeriums nur 3.8 Millionen, also bloß 2.5 Prozent, für die körperliche Erziehung bestimmt werden. Die Unterstützung der Turn- und Sportvereine kann bei diesen kleinen Mitteln allerdings nur gering sein und es ist nur bedauerlich, daß hiebei die deutschen Vereine gänzlich leer ausgehen.

Ist dem Minister bekannt, daß es auch eine Fürsorge für Schulkinder gibt? Wie steht er zur Frage der Schulkinder, der Schulpflichtigen? Hat sich der Minister die bleichen, hohlwangigen Gesichter der Arbeiterkinder, die unsere Volks-

schulen bevölkern, genau angesehen? Der ganze Jammer der Wirtschaftskrise, die bittere Zeit der Arbeitslosigkeit der Eltern, ist in diesen Gesichtern eingegraben. Weiß der Minister, wie groß der Prozentsatz von seinen Kindern ist, die ohne warmes Frühstück in die Schule geschickt werden? Schularzte und Schulpflichtigen sind in einer Zeit wie es die unsrige ist, unerlässlich. Das haben viele Gemeinden erkannt und Schularzte angestellt. An den Minoritätsschulen, die dem Ministerium unterstehen, fehlen sie. So haben hier in Prag wohl die tschechischen Schulen ihren Schularzt angestellt, an den deutschen Minoritätsschulen berichtet ein Arzt freiwillig und unbezahlt diesen Dienst als Liebeswerk.

Wir sind auch fürs Sparen, aber nie und nimmer dafür, daß an der Volksgesundheit gespart wird. Was soll man aber zu einer Regierungskunst sagen, die für das so wichtige Ministerium für Volksgesundheit nicht viel mehr übrig hat, als für den Ausbau des militärischen Flugwesens. Die gesamte Fürsorge für die Kranken und gesundheitlich gefährdeten Menschen muß mit hundertmehrfachem Aufwand besprochen werden. Für Luftschiffahrt aber haben wir hundertsechshundertvierzig Millionen Kronen übrig. Unsere Zukunft scheint in der Luft zu liegen und daher bestimmt es die Regierung dieses Staates nicht so sehr, wie es hier auf Erden bei uns aussieht. Das Fliegen scheint ein beliebter Ministersport geworden zu sein und bei der Betrachtung des Budgets hat man den Eindruck, daß nicht nur der Herr Minister für nationale Verteidigung, sondern unser ganzes Kabinett, über den Wolken schwebt und die Erde, sowie die Menschen und ihre Lebensnotwendigkeiten ganz aus den Augen verloren hat. Sonst müßten die Herren längst gewahr geworden sein, wie mühselig dem arbeitenden Volke das bloße Fortkommen ist, da es fast zusammenbricht unter der Last von Steuern und Abgaben, die ihm auferlegt sind.

Das ist ein Teil der Sorgen, welche die deutsche Arbeiterklasse drücken, die sich als Kulturfaktor himmelhoch über jenen Teil des deutschen Bürgertums erhebt, in dessen Namen der Herr Abgeordnete Schollisch hier sprach und dessen Forderungen in dem Schrei nach dem Numerus clausus gipfeln, und das als höchste Kulturaufgabe betrachtet, die jüdische geistige Konkurrenz aus den Hochschulen zu vertreiben.

Wenn der Staat weiterhin in dieser Weise wirtschaftet, dann vertritt er sein wertvollstes Vermögen — die Gesundheit des Volkes, die Wohlfahrt der Gesellschaft. Wir können für ein Kulturbudget, das so aussieht, nicht votieren. Wir werden zu diesem Kapitel Anträge stellen, welche die schlimmsten Ungerechtigkeiten beseitigen werden. Wenn Sie sie annehmen, ist dies zugleich der erste Schritt auf dem Wege der Vernunft. Sonst gilt von der Regierung und den Männern, welche die Geschicke dieses Staates lenken wollen, das Wort des Dichters:

„Eine große Epoche hat das Jahrhundert geboren Aber der große Moment findet ein kleines Geschlecht.“

Hanko (slow. Volksp.) erklärt, daß das slowakische Volk hinter den konfessionellen Schulen stehe und bereit sei, für sie auf Leben und Tod zu kämpfen.

Lulavsky (tsch. Nat.-dem.) sagt, daß die deutschen Mittelschulen im Budget bevorzugt werden. Die deutschen Mittelschulen seien besser daran als die tschechischen. Die Zahl der Schüler, die auf eine deutsche Schulkasse entfallen, ist niedriger, als die Zahl der Schüler, die auf eine tschechische Schulkasse entfallen.

Dr. Peterfilka (d. Chr.-Soz.) stellt, was das Kultusbudget betrifft, fest, daß die Debatte in diesem Punkte in versöhnlichem Tone gehalten wurde und „fühlte sich nur verpflichtet, auf die Ausführungen einzelner Redner der Gegenseite zu reagieren“, indem er sich gegen die Forderung der Abschaffung der Kongrua und speziell der Mitbenützung katholischer Kirchen ausspricht.

Es sprachen noch Simm (d. Nat.-Soz.), Patschovick (ung. Chr.-Soz.) und Kostka (d.-dem. Fp.), der eine Erklärung gegen den Vorschlag Schollischs auf Einführung des „Numerus Clausus“ abgab, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Ein Vertragsabluß zwischen Rumänien und Sowjetrußland.

Bukarest, 27. November. Gestern wurde in Tiraspol von der rumänischen und Sowjetdelegation ein Abkommen zwecks Beschränkung der militärischen Konflikte an der Dniestergränze unterzeichnet. Nach diesem Abkommen, das nach vorheriger Genehmigung der Regierungen mit 1. Dezember d. J. in Gültigkeit treten soll, haben beide Staaten die Pflicht, auf ihrem Gebiete die Schuldigen, welche an den Grenzen Ränderien begehen, zu verfolgen. In Bukarester Kreisen wird dieses Abkommen als Grundlage für die Verhandlung eines Wirtschaftsabkommens betrachtet, über das weiter in Tiraspol verhandelt wird.

Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen.

Berlin, 27. November. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Stuttgart meldet, wurden dort die Geschäftsräume der von General von Seedt verbottenen Parteien geschlossen. Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen wurden in den Parteibureaus und bei den Vorstandsmitgliedern der Parteien vorgenommen. Etwa 200 Angehörige der deutschvölkischen Freiheitspartei demonstrieren auf der Straße gegen das Vorgehen der Polizei, die einschreitet und etwa sechs Verhaftungen vornahm.

Das Spirituspanama der Koalition.

Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. — Siebenkündige, kürmische Beratungen der Koalitionsparteien. — Der Deutschgelbe Fahrner nennt die Affäre eine private Angelegenheit des Senatspräsidenten!

Prag, 27. November. Für heute, 4 Uhr nachmittags, war eine Plenarsitzung des Senats anberaumt. Die Sitzung war aber bei Schluß der Redaktion noch nicht eröffnet worden. Inzwischen versuchen die Koalitionsparteien in ebenso langwierigen wie kümmerlichen Verhandlungen ein gemeinsames Vorgehen untereinander gegen den in der Klubobmännerkonferenz vom Genossen Dr. Heller angekündigten Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Klarstellung der Spiritusaffäre, sowie gegen die von unsern Genossen angekündigte Erklärung über diese Affäre im Plenum des Hauses zu erzielen.

Wie verlautet, stellen die tschechischen Sozialdemokraten die Forderung, daß Präsident Prázel bis zur Austragung der Affäre entweder auf seine Obmannstelle in der Genossenschaft der Spiritusbrenner verzichte oder als Senatspräsident zurücktrete. Nach einer anderen Version verlangen die tschechischen Sozialdemokraten bis zur vollständigen gerichtlichen Austragung der Affäre, daß Präsident Prázel im Senat seine Funktionen nicht ausübe.

Der Bestand der Koalition hat, wie die bis zu Redaktionsschluß andauernden Klub- und gemeinsamen Beratungen beweisen, durch die Aufrollung der Spiritusaffäre eine große, vielfach vernichtende Erschütterung erfahren. Ob es noch im letzten Momente gelingt, die Koalition, in der auch die tschechischen Nationalsozialisten rebellieren, wieder zusammenzuführen, werden die nächsten Stunden zeigen.

Wir hoffen zuversichtlich, daß die tschechischen Sozialdemokraten, welche in dieser Angelegenheit am meisten engagiert sind, auf einer vollständigen und einwandfreien Klärung der Affäre bestehen werden.

Eine wenig rühmliche Rolle spielte in der Klubobmännerkonferenz der Deutschgelbe Fahrner. Zur allgemeinen Überraschung warf sich der biedere Palenkreuzer, dessen negative Tätigkeit im Senat man bisher gar nicht vermist hatte, zum Verteidiger des Senatspräsidenten Prázel auf und erklärte, die Spiritusaffäre sei eine private Angelegenheit des Präsidenten Prázel. Die Überraschung ob dieser „Tat“ des Senators Fahrner war natürlich groß.

* * *

Der Antrag unserer Genossen.

In der Plenarsitzung, die jedenfalls nach Mitternacht beginnen wird, werden die Senatoren Genossen Dr. Heller, Riežner und Genossen folgenden Antrag einbringen:

Zur Untersuchung der Angelegenheit der Genossenschaft der Spiritusbrenner bezüglich der Verwendung der Fonds dieser Gesellschaft wird ein 17gliedriger Ausschuss mit dem Auftrage eingesetzt, über das Ergebnis der Untersuchung binnen 14 Tagen dem Hause Bericht zu erstatten.

Aus der Klubobmännerkonferenz.

Prag, 27. November. Die Klubobmännerkonferenz begann nach 3 Uhr nachmittags. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde vereinbart, daß die nächste Sitzung des Senats am Donnerstag den 29. November, nachmittags 4 Uhr, stattfindet.

Hierauf kündigte Genosse Dr. Heller an, daß seitens der deutschen Sozialdemokraten ein Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klarstellung der Spiritusaffäre eingebracht werde.

Gegen diesen Antrag sprachen sich die tschechischen Bürgerlichen, der Präsident des Senats, Herr Prázel und der Senator Fahrner der deutschen Nationalsozialisten aus. (!) Senator Fahrner begründete seinen ablehnenden Standpunkt damit, daß es sich bei der Spiritusaffäre um eine private (!) Angelegenheit des Präsidenten des Senats handle.

Genosse Dr. Heller kündigte hierauf ferner eine Erklärung der deutschen sozialdemokratischen Senatoren wegen dieser Angelegenheit in der heutigen Sitzung an.

Da sich die koalitierten Parteien nun über ihr Verhalten offenbar selbst nicht einig waren, wurde die Sitzung zum Zwecke der Beratung der koalitierten Parteien untereinander um dreiviertel 4 Uhr unterbrochen.

Hierauf begannen die Verhandlungen der Koalitionsparteien, die um 11 Uhr nachts noch andauern.

Die Koalition gerettet!

Um Mitternacht wird uns aus dem Senat gemeldet: Die Plenarsitzung wurde endlich um einhalb 12 Uhr eröffnet: Die tschechischen Sozialdemokraten haben ihre Forderungen fallen lassen. Präsident Prázel gab eine kurze inhaltlose Erklärung gleich der im Zehnerausschuss gehaltenen ab, worauf Genosse Dr. Heller sich in der Debatte über einen Gesetzentwurf zum Worte meldete und folgende

Erklärung

Im Vordergrund des politischen Interesses in der Republik steht seit Wochen die Spiritusaffäre der Genossenschaft der Spiritusbrenner. An der Spitze dieser Genossenschaft steht der Präsident des Senats. Vor Wochen schon wurde ihm vorgeworfen, daß er einen „Propagandafonds“ verwalte und aus diesem Beträge zur Verstärkung politischer Parteien verwendet habe. Die im Zehnerausschuss der Koalition abgegebene Erklärung, welche die Festsetzung in Abrede stellt, hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt, indem deren Wahrheit von zahlreichen Presseorganen, insbesondere aber vom Großgrundbesitzer Prell im „Cesky dennik“ und vom Abg. Remeš in der „Nova Doba“ in Abrede gestellt wird. Insbesondere Herr Prell behauptet direkt die Unwahrheit der Erklärung des Herrn Präsidenten.

Ist es schon an sich ungemein peinlich, daß der Präsident des Senats im Mittelpunkt einer solchen Affäre steht, so steigert sich diese Peinlichkeit zur Unerträglichkeit angesichts des Umstandes, daß der Herr Präsident sich bisher über die Angelegenheit nur in den vier Wänden eines geheim tagenden und unverantwortlichen Zehnerausschusses geäußert, sie aber nicht der Untersuchung eines vom Parlament eingesetzten, allen Parteien zugänglichen und von ihnen kontrollierten Ausschusses unterworfen hat.

Aber die Angelegenheit hat neben der politischen auch eine sehr große prinzipielle Bedeutung. Sie zeigt aufs neue die absolute Unvereinbarkeit des Mandates eines Abgeordneten, Senators, Ministers oder Staatsbeamten mit der Stellung eines bezahlten Verwaltungsrates eines Privatunternehmens, insbesondere dann, wenn es sich um ein Unternehmen handelt, welches der Jugerenz der Gesetzgebung und der behördlichen Aufsicht unterliegt.

Wir bemerken daher, daß wir gemäß § 22 G. D. die Einsetzung eines Ausschusses zur Überprüfung der Angelegenheit beantragen haben, und daß wir ferner die sofortige Vorlage eines Inkompatibilitätsgesetzes durch die Regierung, bis dahin aber die Niederlegung aller bezahlten Verwaltungsratsstellen durch die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften und der Regierung und der Staatsbeamten als eine selbstverständliche moralische Pflicht fordern.

Die Sitzung wurde um dreiviertel 1 Uhr geschlossen.

Inland.

Handelsfreiheit oder Schutzzoll?

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Handel und Gewerbe des Abgeordnetenhauses hielt Handelsminister Novak eine Rede, in der er u. a. sagte:

Bei der Diskussion über die Fragen der Handelspolitik sind zwei Richtungen hervorgetreten. Die eine vertritt die Freiheit des Handels, verlangt die Aufhebung des Bewilligungsverfahrens, die zweite vertritt die Schutzpolitik. Wir können uns weder in der einen noch in der anderen Richtung bewegen, denn für uns kann nur die Politik des goldenen Mittelweges in Betracht kommen. Wir haben unsere Währung stabilisiert, wir haben die Verkehrs-Sicherheits- und Kreditverhältnisse konsolidiert und sind auf dem besten Wege zu normalen Verhältnissen. Wir wollen keine neuen Steuern einführen und die alten nicht erhöhen. Die Regierung tut alles, um die Leistung zu befähigen. Die Kohlensteuer wurde herabgesetzt, die Zölle wurden herabgesetzt wodurch der Staat Opfer an Hunderten von Millionen brachte. Der Minister erwähnte weiter die Herabsetzung der Verkehrssteuern und einiger Steuern. Während wir die Produktionskosten herabsetzen, steigen diese in den umliegenden Ländern. Das Handelsministerium verteidigt nicht die Schutzpolitik. Niemand wäre glücklicher als der Handelsminister selbst, wenn er das Bewilligungsverfahren liquidieren könnte. Derjenige aber, der da glaubt, wir könnten unserer Erzeugung volle Freiheit gewähren, irrt.

Neues von der Spiritusaffäre. Als der Urheber der Beschuldigungen gegen den Senatspräsidenten Prázel hat sich nun im Plenum nationaldemokratischen Blatte der Großgrundbesitzer Wenzel Prell gemeldet. Er erklärt, daß ihn die Äußerungen des Senatspräsidenten Prázel gegenüber den Koalitionsparteien (nicht, wie in unserem sonntägigen Leitartikel infolge eines Druckfehlers behauptet wurde, Oppositionsparteien) nicht befriedigt hätten, und daß er auf einer gerichtlichen Austragung der Angelegenheit beharre. Das „Pravo Lidu“ vermerkt diesen Standpunkt des Herrn Prell und begründet es, daß die Angelegenheit vor das Gericht gebracht wird. — Wir schließen uns dieser Meinung des „Pravo Lidu“ an, die wir schon am Sonntag vertreten haben. In die Kammer der Spirituswirtschaft muß im Interesse der öffentlichen Moral Licht gebracht werden.

„Pravo Lidu“ über die Festsetzung der Entente. Das Zentralorgan der tschechoslowakischen Sozialdemokratie bringt in seiner gestrigen Nummer einen Leitartikel, in welchem an der Hand der letzten weltpolitischen Ereignisse gezeigt wird, daß die Ententeaktion unfähig geworden ist. Es wird dort in einem Briefe aus Paris gesagt:

„Bevor dieser Brief nach Prag kommt, kann die Situation eine ganz andere sein und der Entente kann man vielleicht die Grabrede halten, wie dies übrigens schon jetzt in der englischen Presse geschieht. Aber selbst, wenn die Entente glücklich die ganze Woche und länger übersteht, bedeutet dies noch nicht, daß sie wirklich lebt; ein politischer Organismus, der nicht einer einheitlichen

hen Aktion in der geringsten Sache fähig ist und sich nur dadurch am Leben erhält, auf irgend eine gemeinsame wirkliche Tat anschießt, lebt nur als Allegorie. Soll sie (die Entente) zu einer wirklichen aktiven Existenz wieder erstehen, ist es notwendig, ihr neues Blut in die Adern zu gießen und ans ihr nicht einen liquidierenden Verein für Hinterbliebene aus dem Weltkrieg zu machen, sondern einen Verband von Staaten, die sich an demokratischen Prinzipien anlehnen und ein Interesse daran haben, daß diese Prinzipien erhalten bleiben und eine Ausbreitung erfahren.“

In der letzten Zeit konnte man schon einige Male die Beobachtung machen, daß der Pariser Berichterstatter des „Pravo Lidu“ von der offiziellen auswärtigen Politik der Tschechoslowakei abrückt. Seine vor einiger Zeit veröffentlichten Interviews mit französischen sozialdemokratischen Abgeordneten scheinen auf ihn — und hoffentlich auch auf die auswärtige Politik der tschechischen Sozialdemokratie — nicht ohne Eindruck geblieben zu sein.

Kein Tag ohne neue Skandalaffäre. Unter diesem Titel haben wir gestern eine Nachricht der „Lidove Noviny“ reproduziert, die sich mit den Verhältnissen im Prekdepartement des Ministerpräsidenten beschäftigte. Die amtliche „Ceskoslovenska Republika“ kommt nun auf diese Angelegenheit zu sprechen und stellt fest, daß diese Nachricht des Branner Blattes schon vor einiger Zeit amtlich demontiert worden, und daß es ausgeschlossen sei, Sachausgaben des Budgets zu Personalwörter zu benutzen, ebenso wie es unzulässig ist, Staatsbetriebe an Private zu verpachten. Die Beamten, welche als Funktionäre in die Verfassung „Patria“ einberufen worden sind, haben aus diesen Funktionen keinerlei Einkünfte und können daher auch keine Reichtümer aus diesem Titel erworben haben. Die genannte Gesellschaft gibt in Brünn die „Moravské Noviny“ heraus, welche den „Lidove Noviny“ Konfarenzen machen, aus welchem Grunde das letztere Blatt die Anschuldigungen gegen die der Regierung nachstehende Zeitung erhebt. — Es ist nun Sache der „Lidove Noviny“, die Beweise für ihre Behauptung anzuführen, was aber nur durch eine gerichtliche Austragung der Angelegenheit erreicht werden könnte.

Die tschechischen Bezirke und die Gauverfassung. Am Samstag fand in Prag ein außerordentlicher Kongress der Delegierten von 12 tschechischen Bezirken statt, in der Universitätsprofessor Dr. Baza ein Referat über die Gauverfassung hielt. Er führte aus, daß das Gesetz über die Gauverfassung überhaupst ausgearbeitet worden sei, obwohl die größte Sorgsamkeit am Werke gewesen wäre. Ein Hauptfehler ist, daß durch die Gauverfassung die Länder als öffentliche Körperschaften beseitigt wurden. Die Landesverbände der Gawe können die Länder nicht ersetzen, weil sie keine behördliche Kompetenz und keine eigenen Finanzen haben. Die übermächtige Zentralisation hemmt die Entfaltung der lokalen Verwaltungskräfte. Was die Gliederung der Gawe betrifft, bedrohen die überwiegenden deutschen Gawe die nationalen Interessen des tschechischen Volkes. Der Referent schlägt daher vor, die Länder zu belassen und Landesverwaltungskörperschaften zu errichten. In einer Resolution, die sodann angenommen wurde, fordern die tschechischen Bezirke vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Gauverfassung seine neuerliche Durchberatung und die Belassung der bisherigen Bezirke in ihren alten Grenzen.

Vor dem Generalstreik der Wiener Metallarbeiter.

Die Kampf'ront der geistigen und manuellen Arbeiter geschlossen. — Drohende Solidaritätsstreiks der Elektrizitätsarbeiter, Maschinisten und Heizer.

Wien, 27. November. (Eigenbericht.) Der Streik der Metallarbeiter dürfte am Samstag früh ausbrechen. Es kommen dabei in Wien etwa 90.000 Metallarbeiter in Betracht. Die Betriebsobmänner der Metallarbeiter haben heute Nachmittag eine Sitzung abgehalten, wo nach einem Referat des Abgeordneten Weidenhofer beschlossen wurde, den Unternehmern ein bis Freitag mittags beachtliches Ultimatum zu stellen. In diesem Ultimatum werden im wesentlichen folgende Forderungen gestellt: Die Mindestlöhne sind je nach den Gehaltsjahren mit 70 bis 100 Kronen zu bestimmen, welcher Mindestgrundlohn mit 3000 (statt wie bisher mit 1800) zu multiplizieren ist. Die starre Zulage soll für alle Arbeiter und Arbeiterinnen mit 3500 Kronen für die Stunde bemessen werden. Schließlich sollen nach Neujahe Verhandlungen über einen neuen Vertrag eingeleitet werden. Sollte dem Ultimatum bis Freitag Mittag nicht entsprochen werden, so würde in allen der Vertragsgemeinschaft angehörenden Betrieben am Samstag die Arbeit eingestellt werden. — Der Streik der Angestellten in der Elektroindustrie, der gegen den Rat der Organisation ausbrach, wurde nun vom Bundes der Industrieangestellten förmlich anerkannt und von ihnen zu seiner Sache erklärt. Es ist der erste große Lohnkonflikt in Oesterreich, in dem manuelle und geistige Arbeiter, Ingenieure, Beamte und Fabrikarbeiter Schritter an Schritter dem Unternehmertum gegenüberstehen.

Die Gewerkschaftskommission wurde beauftragt, ehestens eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände einzuberufen, um die Wirkungen des Streiks auf die anderen Organisationen zu prüfen. Die Arbeiter des

tschechischen Elektrizitätswerkes haben in der Konferenz die Erklärung abgegeben, daß sie angesichts des von den Unternehmern provozierten Kampfes sich unter Umständen dem Kampfe anschließen würden und sie erklären, daß diese Beteiligung keine Spitze gegen die Gemeindevertretung oder gegen die Bevölkerung hat, sondern den Metallarbeitern in ihrem schweren Kampfe helfen soll. Dann gab auch ein Vertreter der Maschinisten und Heizer die Erklärung ab, daß, falls es zum Kampfe kommen sollte, ihre Organisation über die Frage des Anschlusses ebenfalls beraten würde. Der Vorsitzende Abgeordnete Genosse Domes teilte dann mit, daß von dem Beschlüsse der Konferenz allen maßgebenden Faktoren Mitteilung gemacht wird.

Wien, 27. November. (Eigenbericht.) Nachmittags suchte Bundeskanzler Seipel den Genossen Doms im Parlamente auf und erbat Informationen über den augenblicklichen Stand des Konfliktes. Doms willfahrte diesem Ersuchen und teilte mit, daß in den Abendstunden die entscheidenden Beschlüsse gefaßt würden. Seipel legte nun Doms nahe, ihm sofort die Entscheidung der Metallarbeiterberatung mitzuteilen. Gestützt auf dieses Ersuchen erschien Doms in den Abendstunden in der Bundeskanzlei, wo er dem Kanzler den Beschluß der Vertrauensmänner überreichte und in der folgenden Besprechung der kritischen Situation auf den kaum vermeidbaren Kampf hinwies. Seipel erklärte nun, daß die Regierung alles tun werde, um in letzter Stunde eine Vermittlung herbeizuführen.

Heute abends sind sämtliche Angestellte und Beamte der Wiener Automobilfabrik „Saurerwerke“ in den Solidaritätsstreik getreten.

Vom Schlafwandeln.

„Eine große Verirrung in der Natur, zu gleicher Zeit die Wohltat des Schlafes zu genießen und die Geschäfte des Wachens zu verrichten.“ sagt der Arzt, als Lady Macbeth schlafend umgeht und versucht, sich die Hände zu waschen. Diese Szene macht auf der Bühne stets einen besonders tiefen Eindruck. Aber auch im Leben dürfte es kaum einen erschütternderen Anblick geben als den eines schlafwandelnden Menschen. Es kann darum nicht wundernehmen, daß die Phantasie den Menschen, die solche Zustände haben, allerhand mystische Kräfte und Fähigkeiten angelehnt hat. Sie sollen auf steilen Dachfirsten und Dachrinnen mit Sicherheit wandeln können, geistige Arbeiten verrichten, die sie im wachen Zustande nicht zu bewältigen vermögen, Bücher in fremden Sprachen lesen, die sie nie gelernt haben. Alle solche Berichte stammen aber, wie in dem zugleich lehrreichen und unterhaltenden „Buch der tausend Wunder“ von Artur Fürst und A. Moskowitz (Verlag A. Langen, München) ausgeführt wird, von Menschen, auf deren Beobachtungsgabe und Urteilskraft man sich nicht verlassen kann. Der Zustand hat auch trotz der weitverbreiteten gegenteiligen Ansicht nichts mit irgendeiner geheimnisvollen Wirkung des Mondes zu tun. Der „Mondsüchtige“ wandelt, ob das Gestirn scheint oder nicht scheint, ob es ab- oder zunimmt. Aber auch sonst begibt sich hier nichts Ueberförmlichen.

Selten sind die Handlungen Schlafwandeler zuverlässig beschrieben worden. Ein verlässlicher Bericht aus der Feder eines Breslauer Arztes schildert dessen Pflegejoh, einen munteren ausgewachsenen Knaben, der zur Zeit der Beobachtung elf Jahre alt war. Lautes Sprechen im Schlaf, Auffiehn zur Zeit des Vollmondes, zweckloses Umhergehen, automatisches Anpassen dieses oder jenes Gegenstandes, ruhiges Ausweichen vor absichtlich hingestellten Hindernissen, Öffnen des Fensters und Hinausschauen, Unempfindlichkeit gegen vorgehaltenes Licht bei halbgeschlossenen Augen, ebenso gegen Anrufen, endlich freiwillige Rückkehr in das Bett und Mangel an Erinnerung des Traumwandels, alles das ist klar und einfach beschrieben, aber es fehlt dem ganzen Verlauf jede Spur von Mystik. Der Schlafwandler verstand keine fremde Sprache, nahm aber aus dem Repertorium u. a. den Rousseau heraus, setzte sich hin und tat, als läse er darin. Welch prächtige Gelegenheit, das Erwachen höherer Geisteskräfte im Traumwandeln zu konstatieren! Das plötzliche Verständnis einer fremden Sprache! Der Pflegevater, Medizinalrat Ebers, aber macht dazu die Bemerkung, der Wandler habe beim Blättern in diesem Buch ebenso automatisch ausgesehen wie bei jedem anderen; er könne nicht glauben, daß er auch in einem deutschen Buch irgend etwas gelesen habe. Als Ebers ihm einmal, nachdem er ihn eine halbe Stunde hatte wandeln lassen, mit der Reizpeitsche kräftig eins überhieb, lief er schreiend in sein Bett; später scheint dann das Geräusch der Peitsche allein ausgereicht zu haben, das Auffiehn zu verhindern. Es wurden ferner wurmtreibende Mittel gegeben, worauf einige Würmer abgingen. Nach dieser Zeit kam kein Schlafwandeln mehr vor.

Aus seiner eigenen Beobachtung berichtet ein anderer Arzt, Bins, folgendes: „A., ein stets gesunder Mann aus gesunder Familie, in der Regel mit vorzüglichem Schlaf begabt, litt während seiner Jünglings- und frühen Mannesjahre an Schlafwandeln. Er war von lebhaftem Temperament. Seine gewöhnlichen Träume äußerten sich in Sprechens unzusammenhängender Worte und Auffiehn im Bett. In einer Nacht, er mochte damals 17 Jahre zählen, stand er auf, machte Licht, kleidete sich an, raffte seine Schulbücher zusammen und stieg die Treppe hinauf bis in den Mansard. Hier vor einer großen Uhr mit kräftigem Schlagwerk angekommen, blieb er stehen und leuchtete, wie regelmäßig im Winter des Morgens früh, nach dem Zifferblatt. Der Zufall wollte, daß die Uhr in diesem Augenblick zwölf schlug. Bei den letzten Schlägen war er so wach geworden, daß er das Unsinnsige seiner Lage erkannte und, erschreckt über sich und die Weiserstunde, eilte er zu mir, seinem damaligen Schulkameraden, weckte mich und erzählte mir den Vorfall. Ich beruhigte ihn, und er ging darüber ruhig wieder zu Bett. Ob die Bücher die für den folgenden Tag richtigen waren, wurde nicht untersucht. A. hatte geträumt, es sei morgens gegen 7 Uhr und er müsse zur Schule gehen. Automatisch tat er, was er fast täglich seit Sexta zu tun hatte, und erst die vollen Töne der Uhr weckten ihn auf. Präziser und mehr an die Wetterberichte über Schlafwandeln erinnernd war folgender Vorfall, der sich ereignete, als A. 32 Jahre alt und verheiratet war. A. wurde nachts gegen 2 Uhr wach, weil ihm die Knie schmerzten. Das Zimmer war vom Mond genügend beleuchtet, um ihm seine absonderliche Lage erkennen zu lassen. Er kniete nämlich im Heud auf dem sechs Fuß hohen Porzellanofen des Schlafzimmers und hielt sich mit beiden Händen krampfhaft an dessen Seitenrändern fest. Durch Zuruf weckte er seine Frau; diese hielt den vor dem Ofen stehenden Stuhl und, auf seine Lehne tretend, stieg A. herab. A. war als guter Turner auf demselben Weg hinaufgestiegen. Den weißen Ofen hatte er offenbar für ein Objekt seines Traumes gehalten, von dem übrigens keine Erinnerung übrig geblieben war.

Es ist wie was in der Welt so gekommen, wie die Propheten und Führer meinten und wollten, aber ohne die Propheten und Führer wäre es überhaupt nicht gekommen.

Tages-Neuigkeiten.

Die „Spigen“ der Kultur.

Die „Bohemia“ artikuliert über — „das kleine Abendkleid“. Die „Plauderei“ ist zwar dem „Neuen Wiener Tagblatt“ entnommen, aber die „Bohemia“ nimmt an, daß das Problem des großen und des kleinen Abendkleides „auch bei uns interessieren dürfte“.

Mitteleuropa sieht am Rande des Verderbens, aber für die Leserinnen der „Bohemia“ ist „die Zeit der Abendgewandungen ist gekommen. Vorläufig die der „kleinen“, denn das große Abendkleid für Välle wird erst nach Neujahr aktuell. Aber die Einladungen zu intimen Soireen beginnen, es gibt täglich Premieren, da heißt es gerüstet sein.“

Millionen Deutsche wissen nicht, wie sie das nackte Leben fristen sollen, die „schöne Frau“ der „Bohemia“ aber bauscht sich auf gegen die Zumutung der Schneiderinnen, sich ein „Stilkleid“ machen zu lassen. Sie will „gerade Linie“, „Flügelärmel aus Gaze“, aber nur nicht schwarz! Worauf der Schneider in der „Bohemia“ antwortet:

„Das sagen alle Kunden, und wir zeigen Braun und Grün, Jade- und Champagnerfarbe, Terrafotta und Lila, Grau oder Erdbeerrot, und zum Schluß heißt es dann: „Lieber doch nicht, denn Farben machen typisch, und dann brauche ich neue Schuhe und Strümpfe und einen zweiten Abendhut...“ Und schließlich lehren alle zu Schwarz zurück, weil es gut kleidet, immer passend erscheint und praktisch ist.“

In den Großstädten Deutschlands begehen täglich Ungezählte Selbstmord aus Hunger und Not, hier bei uns stehen noch immer Tausende und Abertausende ratlos vor der Frage, woher sie Geld für ein dürftiges Winterkleid oder eine Fuhre Kohlen nehmen sollen. Die Schriftleiterpresse aber beschäftigt sich mit „braunem Seidenamt“, mit „Goldlamenschüchchen“, schwarzen Spitzen“, „Bronzperlen“, „volantierten Spitzenleiden“, „Zailenlinien“ und „Agraffen“:

„Die schöne Frau studiert alles, prüft, geht fort, kommt am nächsten Tag wieder und entschließt sich für schwarzen Samt mit ein wenig Silber. Ob der Ausschnitt oval oder viereckig sein soll, darüber wird man erst bei der Probe schlüssig werden.“

Oval oder viereckig, das ist hier die Frage! Gott geb's, daß G'nä Frau Oplaka oder Frau Direktor Pollarski das Problem richtig lösen. Aber deren Wunsch strömt, oval oder viereckig, der demokratisch-freieitlichen „Bohemia“ zu, die doch ihr redlich Teil dazu beiträgt, das Volk aus den „Niederungen der Kriegs- und Nachkriegszeit“ auf die Spigen der Menschheit und Kultur zu bringen. Mit Brüsseler Spigen wird angefangen.

Wieder einer.

Ein Kaplan, der ein Kind vergewaltigt.

Als Konkurrenzunternehmen gegen den Arbeiterverein Kinderfreunde haben die Merklalen Desterreichs einen katholischen Kinderverein „Frohe Kindheit“ gegründet. Als Obmann der Ortsgruppe Kapfenberg wurde der 38jährige Kaplan Josef Pregartner eingesetzt. Dieser Gottesmann schien der geistlichen Obrigkeit besonders geeignet für den verantwortlichen Posten, obwohl er als Schürzenjäger bekannt ist und erst vor kurzem wegen sehr arztlicher Dinge aus seinem Heimatort Weiz nach Kapfenberg versetzt worden war. Das Vertrauen seiner Vorgesetzten zu Pregartner wurde auch dadurch nicht erschüttert, daß bald in Kapfenberg gemunkelt wurde, der geistliche Herr sei ein großer Freund der kleinen Mädchen. Einer der Jünglinge der Kapfenberger Frohen Kindheit, ein kaum vierzehnjähriges Schulmädchen, kam im September zu Verwandten nach Wien. Das Kind klagte über Leibschmerzen; der Arzt der zu Rate gezogen wurde, stellte fest, daß es wiederholt geschlechtlich mißbraucht worden war. Er erstattete die Anzeige bei der Polizei, die den Gendarmerieposten Kapfenberg verständigte. Die Untersuchung ergab folgendes:

Im März kam das Kind in den Pfarrhof, um bei Pregartner, der die Vereinsbibliothek der Frohen Kindheit verwaltete, ein Buch auszutauschen. Als das Mädchen fortgehen wollte, rief er es unter einem Vorwand zurück und vergewaltigte es. Als er sich endlich losreißen konnte, stellte es sich heraus, daß der Pfarrer die Tür heimlich abgeschlossen hatte. Er öffnete und entließ das Mädchen mit den geistlichen Worten: „Pfui dich Gott mit Rosenwasser, damit du nicht stinkert wirst.“ Dabei besprengte er es mit Weihwasser.

Als die Kapfenberger Arbeiter von der Sache erfuhren, gerieten sie natürlich in große Erregung gegen den zynischen Pfaffen, der zugleich Religionslehrer an den Kapfenberger Volksschulen ist. Aber dem Ersuchen des sozialdemokratischen Parteisekretariats, Pregartner möge vom Religionsunterricht suspendiert werden, gab die Bezirkshauptmannschaft keine Folge. Der Schweinepfaffe durfte seinen Religionsunterricht fortsetzen, bis der Ortsschulrat, der eine Störung des Unterrichts durch die empörrten Eltern befürchtete, die Schulleitungen beauftragte, ihm das Betreten der Schulen zu untersagen.

Die betwundernswürdige Arbeit eines Straßenbahnstrafers. Der Wiener Straßenbahnstraffer Kaderabel hat in unerträglich, dreijähriger Arbeit, die er in seinen dienstfreien Stunden ver-

such, ein großzügiges Projekt zur Zentralisierung der Wiener Bahnhöfe ausgearbeitet. Das Projekt, das allgemeine Beachtung findet, zielt darin, daß in Wien nur drei Zentralbahnhöfe errichtet werden sollen, während die übrigen Bahnhöfe als überflüssig aufzulassen und zu verbaue wären. Kaderabel geht von den großen Mängeln aus, die allen bestehenden Wiener Bahnhöfen anhaften. Er will die verschiedenen Linien in gemeinsame Zentralbahnhöfe vereinigen. Die Westbahn soll über die Verbindungsbahn in die Südbahn eingeleitet werden, die Spangbahn soll in die Ostbahn übergehen und die Franz-Josefs-Bahn und die Nordbahn sollen in die Nordbahn übergeleitet werden. An den neuen Endpunkten sollen drei Zentralbahnhöfe gebaut werden. Um eine direkte und möglichst kurze Verbindung aller drei Bahnhöfe untereinander herzustellen und einen direkten Durchgangsverkehr von und nach allen Richtungen der Stadt zu ermöglichen, soll nach dem Projekt Kaderabels die innere Verbindungsbahn ausgebaut werden. Der Frachverkehr wäre vom Personenverkehr ganz zu trennen und in einen eigenen Zentralgüterbahnhof zu vereinigen, der ungefähr zwischen dem Zentralfriedhof und der Donaulände angelegt werden soll. Den Zentral-West- und Südbahnhof denkt sich Kaderabel auf den Gründen der Maschinenfabriken der Südbahn in der Laxenburgerstraße; ihm gegenüber in gleicher Höhe, Breite und Länge soll zwischen Laxenburgerstraße und Sonntagsgasse einerseits und Favoritenplatz und Reisingergasse andererseits der Zentral-Ostbahnhof errichtet werden. Der neue Zentral-Nordbahnhof ist auf den Gründen des heutigen Nordbahnhöfes und dessen Frachbahnhöfes gedacht. Jeder der drei Zentralbahnhöfe gliedert sich in einen Untergrund- und einen Hochbahnhof. Schließlich soll auch an der Donau ein Bahndock angelegt werden. Nach den Plänen Kaderabels soll zwischen der Nordbahnbrücke und der Reichsbrücke die Donau durch ein Bassin, das einen Kilometer breit sein soll, erweitert werden. In dieses Bassin sollen fingerförmig Mole eingebaut werden, auf denen dann die nötigen Magazine, Kühlhäuser, Silos, Ställe usw. zu bauen wären. Zur Erziehung aller dieser Anlagen wäre es notwendig, Untergrundschneisen zu bauen. — Die Vorschläge Kaderabels verfolgen gute Richtlinien und seine Entwürfe sind umso lobenswerter, als sie von einem einfachen Arbeiter in der Masse verfaßt und selbst gezeichnet worden sind.

Die Unruh-Premiere als Verhaftungsgrund.

Aus München wird folgendes Geschichtchen berichtet, das den großen Vorzug hat, vollkommen wahrheitsgetreu zu sein. Wird da ein Münchener Schauspieler, der aus dienstlichen Gründen gezwungen war, nach der Straßenperestroika nach Hause zu gehen, prompt ertötet und zur Wache gebracht. Mit Mühe gelangt es ihm, den vernehmenden Kommissar von seiner unbedingten Ungefährlichkeit zu überzeugen, als diesem ein schwer belastendes Dokument in die Hand fällt, eine Mitteilung, die folgenden Sat enthüllt: „Sie sollen im neuen Unruh in Darmstadt eine führende Rolle spielen.“ Nichts kann den Gewaltigen in seinem Glauben wankend machen: vor ihm steht ein Puffstuh, dem mit lächerlich leicht durchschaubarem Deckwort die Leitung von Aufständen in Darmstadt übertragen werden soll. Kurz und gut: 24 Stunden dauerte es, bis der unglückliche Mime zu den — Proben von Fritz Unruhs neuem Drama „Rosengarten“ nach Darmstadt fahren konnte.

22.165 Friedenspläne. Auf das Preisausschreiben des amerikanischen Friedensfreundes Edward B. Dole, der einen Preis von 100.000 Dollar für den besten praktisch durchführbaren Plan aussetzte, nach dem die Vereinigten Staaten mit den anderen Völkern zur Erlangung des Weltfriedens zusammenarbeiten können, sind 22.165 Friedenspläne eingegangen. Sie kamen aus 19 Ländern und allen Teilen der Welt, von Mitgliedern der meisten kriegführenden Staaten, aber auch aus Estland, Bolivien und China. Viele sind umfangreiche Manuskripte, andere kurze Telegramme; einige Bewerber labelten nur die Grundzüge ihrer Entwürfe. Das Preisrichterkollegium, dem hervorragende Staatsmänner und Gelehrte, wie Elihu Root und Edward M. House angehören, ist schon seit einem Monat mit der Sichtung der Eingänge beschäftigt, wird aber vor Jänner nicht zur Preisverteilung schreiten können.

russische Schriftsteller Averbenko, der in Bulgarest eingetroffen ist, um Vorlesungen abzuhalten, wurde wegen eines vor dem Eintritt Rumäniens in den Krieg veröffentlichten antirumänischen Artikels ausgewiesen.

Billardenshäden durch die Reichswehr in Sachsen. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ berichtet: „Die in Sachsen einmarschierte Reichswehr hatte bekanntlich die Aufgabe, die „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Dieser Auftrag dürfte der Reichsregierung finanziell äußerst teuer zu stehen kommen. Bereits jetzt liegen eine ganze Reihe von Schadenersparnissen der durch die Reichswehr finanziell und körperlich geschädigten Personen aus dem Freistaat Sachsen vor. Vielen der Verhafteten wurden, obwohl sie bei ihrer Festnahme keinen Widerstand entgegengesetzten, die Kleider zerissen. Mehr als 100 Personen sind festgenommen worden, ohne daß Haftbefehl gegen sie vorlag. Heute noch befinden sich eine ganze Reihe von Sozialdemokraten ohne Grund in Haft. Sie sind dadurch ihren Familien als Ernährer genommen. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle finanziell und körperlich Geschädigten Schadenersparnisse geltend machen. Nimmt man hinzu, daß sich in Thüringen ähnliche Vorkommnisse ereignet haben, wie in Sachsen und hierfür ebenfalls Schaden-

anspruch gefordert wird, dann ergibt sich, daß der Reichsregierung der Ausnahmezustand, abgesehen von den ungeheueren Transportkosten für die Reichswehr, Billionen kostet.“

Auswanderungswesen im Monate September. Nach vorläufigen Aufzeichnungen des Statistischen Staatsamtes wurden im September d. J. Auswanderungspässe ausgegeben: in Böhmen für 685 Personen, in Mähren für 310 Personen, in Schlesien für 34 Personen, in der Slowakei für 1071 Personen, in der Podlarpattka Rus für 29 Personen, zusammen in der ganzen Republik für 2159 Personen. In diesen Zahlen sind die Berichte von 24 Bezirken, die bisher nicht eingelangt sind, nicht enthalten. Von den mit Pässen beteiligten Personen sind ausgewandert: nach Magyarien 453 Personen, nach Frankreich 446, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 414, nach Argentinien 198, nach Desterreich 186, nach Kanada 115, nach dem Verband der Soj. Sowjet-Republik 7, nach Rumänien 73, nach dem Königreich S. S. 67, nach Deutschland 34, nach Polen 12, nach Italien 10, nach sonstigen Staaten 63 und ohne Angabe des Reiseziels 11 Personen.

Ein schweizerischer Hafen. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Genf hat Italien der Schweiz den Hafen Vado, acht Kilometer westlich von Savona, als Freihafen angeboten. Bei Durchführung des Projektes würde der Schweizer Ausfuhrhandel, der zur Zeit den Weg über französische Seehäfen nimmt, auf italienische Plätze abgelenkt werden.

„Arzt“ und „Doktor“ in Jugoslawien. Da neue Hochschulen in Jugoslawien sich zwei Gruppen von Ärzten vor. Mediziner, die alle vorgeschriebenen Prüfungen abgelegt haben, erhalten den Titel „Arzt“; sie können sofort mit der Praxis beginnen. Das Doktorat der Heilkunde erhalten die Ärzte erst, wenn sie durch eine Doktordisertation und eine besondere Prüfung ihre Eignung zu selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit nachgewiesen haben.

Im faschistischen Neapel. Da eine wahre Welle von Verbrechen sich über Sizilien und Süditalien ausbreiten begann, hat die italienische Regierung, wie aus Rom geschrieben wird, die Präfecten in Palermo und Neapel abgesetzt und an ihrer Stelle Generale, die „verlässliche“ Faschisten sind, ernannt. Geheimgesellschaften der Mafia in Palermo und namentlich der Kamorra in Neapel, die einen Terror gegen die Bevölkerung ausübten und gegen die die Polizei nichts zu unternehmen wagte, sind sämtlich hinter Schloß und Riegel gebracht worden. In Neapel dürfen nicht mehr als fünf Menschen in der Straße gruppenweise zusammenstehen, und nicht nur das Tragen von Waffen, sondern auch von Stöcken ist bei strenger Strafe verboten.

Der Streit um den Bauernhof. Aus Holzitzchen in Bayern wird gemeldet: Der 50jährige Bauer Burgmaier von Jasberg lag mit seiner Familie wegen der Uebergabe des Hofes an seinen 30jährigen Sohn schon längere Zeit in Streit. In einem Jornesausbruch hat der alte Burgmaier schon einmal auf den eigenen Sohn geschossen. Letzten Montag war es wegen einiger Äuße, welche die Frau des alten Burgmaier umhauen hatte lassen, wieder zum Streit gekommen. Wie schon öfter, so versuchte auch diesmal ein Nachbar, der Abgeordnete Eichner aus Jasberg, zu vermitteln. Vorsichtshaber stellte Eichner, der wußte, daß Burgmaier schon auf seinen Sohn geschossen hatte, einen Revolver in die Tasche. Es dauerte auch nicht lange, so zog Burgmaier plötzlich einen Revolver aus der Tasche und richtete ihn auf Eichner. Auch dieser zog die Waffe und gab auf den Burgmaier zwei Schüsse ab, wovon der eine den Burgmaier in den Bauch und der andere in den Fuß traf. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus Holzitzchen gebracht, wo er nachmittags seinen schweren Verletzungen erlag.

Im Grande Tutanhamens. Aus Kairo wird gemeldet, daß Carter am vorigen Samstag mit der Öffnung des Grabes Tutanhamens begonnen hat. Die ägyptische Regierung habe ihm vollständige Freiheit für die Durchführung der Arbeiten gewährt, wogegen die ägyptische Presse deshalb protestiert, weil dadurch ein Präjudiz zugunsten der Lokalbehörden für zukünftige archaische Entdeckungen in Ägypten geschaffen werde.

Ein merkwürdiges Begnadigungsgesuch. Aus Mexiko wird berichtet: 10.000 Personen haben eine Petition an den Präsidenten von Mexiko unterzeichnet, in der sie um die Begnadigung des Depulierten Jesus Salas Barazza bitten, der den bekannten Räubergeneral Pancho Villa erschossen hat. Jesus Salas, der sich selbst den Verurteilten stellte und von dem seine Freunde behaupten, daß er die Tat aus den edelsten patriotischen Motiven vollbracht habe, war zu zwanzig Jahren schweren Strfers verurteilt worden. Die Unterzeichner der Petition erklären sich nun bereit, die Strafe für den Verurteilten abzuhängen.

Ein Gefährlicher erwirgt seine Frau. Sonntag nachts hat in Wien der 29jährige Anstreicherhelfer Karl Treitler, der in der Irrenanstalt Guging bei Wien interniert war, und am 20. d. M. aus der Anstalt entsprungen ist, seine 27jährige Frau nach einem Streit erwirgt. Treitler hat sich nach der Tat selbst auf der Polizeiwache gemeldet und hat angegeben, daß er seine Frau deshalb ermordete, weil er befürchtete, sie werde ihn wieder in der Irrenanstalt internieren lassen.

Die „Blindfahrer“. Wie der „Vöcker“ meldet, ist namentlich in den frühen Morgenstunden der Andrang zur elektrischen Bahn so groß, daß der Kondukteur beim besten Willen nicht kontrollieren kann, wer eine Fahrkarte habe oder nicht. Man schätzt, daß in den Morgenstunden fünf bis sieben Prozent der Bevölkerung auf der Tramway „blind“ fahren, im Durchschnitt täglich drei Prozent. Der hierdurch den elektrischen Werken verursachte Entgang beträgt 3—4 Millionen K im Jahr. Die Ursache dieses Ver-

lustes sei der empfindliche Mangel an Wagen. Die Prager elektrischen Betriebe werden in kurzer Zeit 80 neue Wagen der Penitenz übergeben.

Sport-Schnellzüge. Die Direktion der Staatsbahnen Prag-Lib hat, wie im Vorjahre, im heurigen Winter besondere Sport-Schnellzüge ausschließlich mit Wagen 3. Klasse in der Strecke Prag-Wilsonsbahnhof-Trautenau mit weiteren Anschlüssen eingeführt. Diese Schnellzüge verkehren von Prag am 1., 7., 15., 22., 29. Dezember; am 5., 12., 19., und 26. Jänner 1924 und am 1., 9., 16. und 23. Februar 1924. In umgekehrter Richtung verkehren diese von Trautenau nach Prag am 2., 9., 16., 23. und 29. Dezember; am 1., 6., 13., 20. und 27. Jänner 1924 und am 3., 10., 17. und 24. Februar 1924. Wenn die Schneeverhältnisse im Riesengebirge auch noch im März günstige sein sollten, wird der Sport-Schnellzug auch noch am 1., 8., 15., 22. und 29. März verkehren. Die Züge fahren um 14.15 Uhr von Prag ab und treffen um 0.05 in Prag wieder ein. In Eisenbrod wird der Zug geteilt, ein Teil geht Lannwald-Schumburg nach Grünthal (Ankunft 18.33 Uhr), der andere Teil nach Trautenau (Ankunft 19.05 Uhr). Zu diesen Zügen werden nur soviel Karten ausgegeben, als im Zuge Plätze vorhanden sind.

Neue Münzen. Nach Neujahr werden, wie der „Telek“ meldet, neue Zweihellerstücke in Umlauf gebracht werden. Sie sind weiß, aus Zink, und stärker und größer als die 10- und 5-Dellerstücke. Aus einem Kilogramm Zink werden 500 Zweihellerstücke geprägt. Die 50- und 500-Kronen-Staatsnotensalfifikate haben das Bankamt genehmigt, neue Staatsnoten herauszugeben, u. zw. erfolgt die Herausgabe im Jänner, längstens im Februar. Die neuen Staatsnoten, namentlich die 500-Kronennoten werden das Format der amerikanischen Banknoten haben. Sie werden auch diesmal in Amerika gedruckt, wofür auch der Druck einer weiteren Serie von 100-Kronen-Staatsnoten, an denen es auch mangelt, vergeben werden wird. Das Bankamt will schon im nächsten Jahre eine große moderne und technisch ausgefüllte Druckerei ausschließlich für den Druck von Banknoten errichten.

Wichtig Waggons Parzellierarbeiten verbrannt. Samstag nachmittags brach im Trockenraum der Ersten mährischen Partetten- und Holzindustrie „Lignum“ in Göding ein Feuer aus, durch das ungefähr 80 Waggons Parzellierarbeiten, die im Trockenraum aufgestapelt waren, eingeschmort wurden. Auch das Sägewerk der Firma fiel den Flammen zum Opfer. Der Brand drohte auf die benachbarten Gebäude, die Tabakfabrik und die Spiritusbrennerei überzugreifen. Den aus der ganzen Umgebung herbeigeeilten Feuerwehren gelang es jedoch, den Brand zu lokalisieren. Der Schaden geht in die Millionen. Die Ursache dürfte auf Ueberhitzung des Trockenraumes zurückzuführen sein.

Prager Chronik.

Das Budget von Groß-Prag.

Die Finanzkommission der Stadt Prag hielt am Samstag eine Sitzung ab, in der das Budget für das Jahr 1924 zu Ende beraten und Abstriche von zusammen 20 Millionen vorgenommen wurden. Das fertige Budget weist einen Bedarf von 398 Millionen Kronen aus, dem als Deckung 338 Millionen gegenüberstehen. Das Defizit von 60 Millionen wird durch Gemeindeabgaben und Zuschläge zu den Staatssteuern gedeckt werden. Das Investitionsbudget für das Jahr 1924 beziffert sich auf 50 Millionen, von welchem Betrag vier Millionen auf Straßenpflasterung, vier Millionen auf Straßen-, 15 Millionen auf Kanalbauten, 12 Millionen auf Hausbauten mit kleinen Wohnungen, der Rest auf Restaurierung der Schulgebäude, des Altstädter Rathauses usw. entfallen. Die Subventionen für das Jahr 1924 sind nach diversen Abstrichen bloß mit 900.000 K präliminiert, so daß alle, von der Gemeinde Prag bisher unterstützten Unternehmungen geringere Subventionen erhalten.

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

Während Sie ein friedliches Schlöschen halten, wird Ihnen der Graf Franckesini mit der Spitze seines Degens das Erbe von Michel Taillefer freimachen. Victorine wird als Erbin ihres Bruders eine Reute von fünfzehntausend Franken haben. Ich habe mich schon erkundigt und weiß, daß die Erbschaft der Mutter mehr als dreimalhunderttausend . . .

Eugen hörte diese Worte, ohne darauf antworten zu können: seine Zunge klebte an Gaumen, vergebens kämpfte er den Schlaf, er sah den Tisch und die Gesichter der Tafelnden nur noch durch einen dichten Schleier. Allmählich wurde es stiller, die Pensionäre verließen einer nach dem andern das Speisezimmer. Als nur noch Frau Vanquer, Frau Couture, Victorine, Vautrin und Vater Goriot übriggeblieben waren, sah Rastignac wie im Traum, daß Frau Vanquer sich über die Flaschen hermachte, die Reste zusammengob, um wieder eine Flasche vollzumachen.

„Ach, was sind sie toll und jung!“ sagte die Witwe. Das war das letzte Wort, das Eugen verstanden hatte. „Solchen Unfug kann nur Herr Vautrin machen“, sagte Sylvia. „Christoph schnaracht wie ein Brunnentriemel.“ „Auf Wiedersehen. Mama Vanquer“, sagte Vautrin. „Ich will Marty im Mont-Sauvage bewundern, einem gewaltigen Stück aus dem Solitaire.“ Wenn Sie wollen, so lade ich Sie ein, ebenso die anderen Damen. „Ich muß dankend ablehnen“, sagte Frau Couture.

Erkaunte Leute.

Von Pan. (Nachdruck verboten!)

Der Dukaten.

Ein Dukaten lag in der Gasse, in einem ekelhaften Haufen von Kot, Schmutz und Blut. Viele Menschen gingen vorüber und einige erblickten das Goldstück. Sie blieben überrascht stehen, sahen verwundert und begehrlich auf die glänzende Münze und wandten sich ab. Da kam ein armer, abgerissener Landstreicher daher, dem die Ellbogen aus der Jacke und die Fehen aus den Stiefeln guckten, verharrete einen Augenblick in Erstaunen und begann mit seinem Wanderstock in dem Haufen herumzustochern. Er bemühte sich eine ganze Weile, das Goldstück aus seiner Umgebung zu befreien, aber es haftete so fest in dem Schmutz, daß es der Spitze des Stodes stets wieder entglitt. Der Landstreicher sah das Vergebliche seiner Bemühungen ein, bückte sich, streckte die Hand aus, fuhr entsetzt zurück und schüttelte sich.

Inzwischen hatten sich mehrere Zuschauer angesammelt. Darunter befand sich ein feiner Herr in Pelz und Zylinder. Er war groß und stark gebaut, rauchte eine dicke Zigarre und lachte über den Landstreicher. Dann bückte er sich, griff in den Schmutz, holte den Dukaten heraus und ging davon.

„Hui Teufel!“ schrie einer. „Was wollen Sie?“ Der elegante Herr sah sich erstaunt um. „Ich habe Handschuhe an.“

Pflichtkeit.

Ein Arbeiter hatte seinem Fabrikherrn eine Mitteilung zu machen, die diesem nicht angenehm war, die er aber nicht abweisen konnte. Um seinem Mißvergnügen Ausdruck zu geben, stellte er sich ans Fenster und blickte hinaus. Nach einigen Worten unterbrach der Arbeiter seine Mitteilung und sagte: „Ich wollte mich eigentlich nicht mit Ihrem Rücken unterhalten.“ Der Fabrikherr tat, als habe er die Bemerkung nicht gehört und malte Figuren an die Scheiben. Der Arbeiter wartete einen Augenblick und sprach dann ruhig: „Wenn Sie mich nicht anständig behandeln, verlasse ich Ihr Kontor.“ Da kehrte ihm der andere sein Gesicht zu und sagte empört und verwundert: „Aber, Mann, ich habe doch noch kein Wort gesagt!“

Ein Undankbarer.

Frau Kommerzienrat Meier hatte ein Abendbrot gegeben und da sie ebenso sparsam wie human veranlagt war, bewertete sie einige der übriggebliebenen Reste. Sie nahm also am andern Morgen eine irdene Schüssel und arrangierte mit Liebe und Kunstsin ein paar zerbrochene Krebse, verschiedene Wurstspießel, angeknabberte Bröckchen und den Rest des italienischen Salats zu einem hübschen, bunten Bilde. Es war so hübsch, daß sie selbst gerührt darüber lächeln und sich ein wenig in die Brust werfen mußte, als sie sagte: „Da, Auguste. Bringen Sie das dem Portier. Seine armen Kinder machen immer so hungrige Augen; es tut einem in der Seele weh.“

Drei Minuten später war Auguste wieder da, hielt die Schüssel mit gestreckten Armen vor sich und jappte: „Er hat — er hat —“

„Um Gotteswillen, was hat er, Auguste?“

„Er hat hineingespuckt, gnädige Frau!“

Da rollte Frau Meier entsetzt die Augen; sie war ehrlich erstaunt.

Gerichtsanl.

Protest gegen die Weberaufnahme des Nikolow-Prozesses.

Der Vertreter des Wörders Nikolow-Cicankow überreichte gestern beim Landesgericht in Prag die Beschwerde gegen die Erneuerung des Strafverfahrens gegen seinen Klienten.

Der Hegermord.

Prag, 27. November. In der heutigen Verhandlung wurde die Kronzeugin Susta einvernommen. Die Zeugin machte die gleichen Angaben, wie am 5. Mai d. J. bei der Gendarmerie und später vor dem Untersuchungsrichter und erklärte mit Bestimmtheit, daß sie bei der Ermordung des Hegers die Angeklagten, die sie ja von früher kannte, sofort wieder erkannt habe.

Bei der Gegenüberstellung beharrten sämtliche Angeklagten auf ihrer Verteidigung, den Mord nicht begangen zu haben und dem ermordeten Heger immer fern gestanden zu sein.

Morgen begeben sich die Geschworenen mit dem Gerichtshof und den Verteidigern an den Tatort in den Wald bei Schwarzkoletzky.

Kleine Chronik.

Eine neue Bahnlinie im Sudan. Im Sudan hat der Bau einer neuen Bahnlinie von Kassala an der äthiopischen Grenze nach Thoniam, einer Station des bereits schon vorhandenen Schienenweges nach Port Sudan, begonnen. Die neue Bahnlinie, deren Bau das englische Gouvernement durchführt, wird 217 Meilen lang sein. Die Bahnstrecke Kassala-Port Sudan wird 337 Meilen betragen. Den Anstoß zu diesem Unternehmen gab der Plan, das 500.000 Acres weite Gebiet des Gachdelos in ein großes Baumwollgebiet umzuwandeln. Der Fluß Gach entstammt im äthiopischen Vorgebirge und fließt dann nordwärts. Nördlich von Kassala verläuft er mit einer Art Delta in einem Alluvialland von höchster Fruchtbarkeit, und Anpflanzungsversuche haben ergeben, daß dieses Gebiet zur Produktion der langfasrigen Cotyledonides-Baumwolle überaus geeignet ist. Der Anbauplan sieht eine Pflanzung von 100.000 Acres innerhalb von zehn Jahren nach Vollendung der Bahn vor. Bewässerungsanlagen sind nicht notwendig. Auch der Bahnbau begegnet gar keinen technischen Schwierigkeiten, so daß er mit anderthalb Millionen Pfund befristet und bis zum Jahre 1925 vollendet werden kann. Unter Umständen soll die Bahn von Kassala nach Sennar weitergeführt werden, womit sie den östlichen Sudan mit Nord- und Ostafrika verbinden würde. Neben ihrer Bestimmung zur Erschließung eines neuen Baumwollgebietes wird die Bahn auch den Araberstämmen des Landes zugute kommen, die für ihre reichen Vieh- und Schafherden durch sie einen ausgebauten Handelsweg erhalten. Außerdem wird die Förderung des Handels mit Simsim erwartet, einer Getreideart, nach der in Äthiopien und anderen Zentren des Landes große Nachfrage herrscht.

Eine Brücke über den Kleinen Belt. Wie dänische Blätter mitteilen, gilt es nun als sicher, daß Jütland und Fünen durch eine feste Brücke verbunden werden. Das Ministerium wird in der nächsten Zeit mit seinen Vorschlägen an das Folketing herantreten. Die Brücke wird bestehen aus einer Eisenbahnbrücke, verbunden mit einer Schwefelbrücke für Automobile. Die Kosten sind veranschlagt auf 32 Millionen Kronen, doch würden dazu noch die Kosten kommen für das Land, das zur Durchführung des Projekts enteignet werden muß.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

„Wie, liebe Nachbarin?“ rief Frau Vautrin, „Sie weigern sich, ein Stück aus dem ‚Solitaire‘ zu sehen, eine Szene aus ‚Atala‘ von Chateaubriand? Wir haben es so gern gelesen und haben im Sommer unter den Linden wie Magdalene dabei geweint. Ein h h m o r a l i s t i s c h e s Stück, das auf Ihr junges Fräulein nur günstig wirken kann.“

„Wir dürfen nicht ins Theater gehen,“ antwortete Victorine.

„Die beiden sind hinüber,“ sagte Vautrin und bewegte Vater Goriot's und Eugens Kopf auf drohliche Weise.

Während er den Kopf des Studenten auf die Stuhllehne legte, damit er bequem schlafen könnte, er ihn zärtlich auf die Stirn und sang vor sich hin:

„Schlaf in Ruh, geliebte Seele, Für dich wacht dein Freund.“

„Ich fürchte, er ist krank,“ sagte Victorine. „Bleiben Sie doch zu seiner Pflege hier,“ rief er ihr zu. „Das ist Ihre Pflicht als liebende Frau.“ flüsterte er ihr ins Ohr. Er betet Sie an, und Sie werden seine kleine Frau werden, glauben Sie mir nur. Na,“ flüchte er laut hin: „Sie waren im ganzen Lande hochangesehen, lebten glücklich und hatten viele Kinder. So enden alle Liebesgeschichten. Auf, Mama Vanquer,“ er wandte sich an die Witwe, die er umarmte, „sehen Sie Ihren Hut auf, legen Sie das schöne geblühte Kleid und den gräßlichen Schal an. Ich will selbst den Wagen holen.“ Er ging singend fort:

„Sonne, Sonne, göttliche Sonne, In deiner Glut reifen Zitronen und Orangen.“

„Mein Gott, Frau Couture, mit diesem Mann wäre ich selbst in einer Dachkammer glücklich! Der alte Fadennudelfabrikant,“ sagte sie und

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Der Rechnungsabschluss für 1920.

Die parlamentarische Kontrolle der Staatsfinanzen erstreckt sich nicht nur darauf, daß dem Abgeordnetenhause und dem Senat alljährlich der Staatsvoranschlag vorgelegt wird, das heißt, die Schätzung der Einnahmen und Ausgaben für das nächste Jahr, sondern daß die gesetzgebenden Körperschaften auch die Möglichkeit erhalten, den Rechnungsausschluß zu prüfen, das heißt, die tatsächlich gemachten Einnahmen und Ausgaben des bereits vergangenen Jahres. Statt, daß nun dem Parlament der Rechnungsabschluss für das Jahr 1922 vorgelegt werden sollte, wozu jetzt Ende 1923 der Termin wäre, wird das Parlament gerade jetzt in Kenntnis gesetzt, was der Staat im Jahre — 1920 eingenommen und ausgegeben hat. Diese Verzögerung ist eingetreten, obwohl wir in der Tschechoslowakei ein eigenes Amt haben, welches sich mit der Prüfung des Rechnungsabchlusses zu befassen hat, das Oberste Kontrollamt.

Für das Jahr 1920 waren im Budget und in den Rechnungsbudgets präliminiert: Ausgaben in der Höhe von 15.283.427.032.— K, Einnahmen in der Höhe von 10.426.500.794.— K, so daß für dieses Jahr ein Defizit von 4856.926.238 Kronen ergab. Wie aus dem Rechnungsabschluss hervorgeht, betrug jedoch die tatsächlichen Ausgaben 14.783.088.183.29 K, die tatsächlichen Einnahmen 12.736.055.223.57 K, so daß das Defizit nur 2047.032.959.72 K betrug.

Der Großhandelsindex am 1. November.

Wie das statistische Staatsamt mitteilt, ist der Index der Großhandelspreise vom 1. Oktober 1923 bis zum 1. November 1923 von 973 auf 964, das ist um 0.9 Prozent, gefallen. Der Preisrückgang wurde, wie der offizielle Bericht lautet, durch die ermäßigten Kohlen- und Fleischpreise verursacht, welche jedoch durch die Preissteigerung der Textilien, besonders der Rohmaterialien und des Getreides zum Teil paralisirt wurden.

Generalversammlung des Konsumvereines „Vorwärts“, Alt-Mohlau.

Sonntag den 25. November tagte im Arbeiterheim in Alt-Mohlau die ordentliche Generalversammlung des Konsumvereines „Vorwärts“, bei der 146 Delegierte anwesend waren. Die Generalversammlung wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Genossenschafters Fachlehrers Rohm aus Pelschan über die Anfänge der Genossenschaftsbewegung. Den Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete der Obmann der Genossenschaft Genosse Lorenz. Aus seinem Bericht geht hervor, daß die Genossenschaft gegenwärtig 13.304 Mitglieder und 76 Verkaufsstellen zählt und der Warenumsatz im letzten Geschäftsjahr 31.8 Millionen Kronen betragen hat. Gegenüber dem Vorjahre ist der Warenumsatz in den meisten Verkaufsstellen zurückgegangen. Diese Rückgänge sind auf die Wirtschaftskrise und die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit, auf die geringe Kaufkraft der meisten Mitglieder und vor allem auf die Preisrückgänge im letzten Geschäftsjahr zurückzuführen. Der finanzielle Stand der Genossenschaft weist jedoch im heurigen Geschäftsjahr eine merkliche Besserung gegenüber dem Vorjahre aus. Das Eigenkapital der Genossenschaft ist im Steigen begriffen. Das Anteilkapital der Mitglieder betrug 1.8 Millionen Kronen. Die Spareinlagen 5.3 Millionen, der Realitätenwert 1.3 Millionen, das Inventar-, Fahrpart- und Maschinenkonto 2.5 Millionen Kronen. Das Warenlager ist von 8.5 Millionen auf 6.5 Millionen Kronen zurückgegangen. Genosse Lorenz betonte in seinen Ausführungen, daß der Aufklärungs- und Erziehungsarbeit der Mitglieder und Funktionäre ein größeres Augenmerk zugewendet werden müsse, als dies bisher der Fall war. Es müssen

„Das ist mir gleich, Herr Vautrin muß Ehre mit mir einlegen.“

„Sie sind wohl sehr um Ihre Erben besorgt?“

„Sennu, Sylvia, keine Widerrede,“ sagte die Witwe, im Begriff, zur Tür hinauszugehen.

„So viel Unverstand in ihrem Alter,“ sagte die Köchin zu Victorine und wies auf ihre Herrin.

Frau Couture und ihre Pflegetochter, gegen deren Schulter Eugens Kopf lehnte, blieben allein im Speisezimmer. Christoph's Schnarchen konnte man im stillgewordenen Haus hören, dagegen schlief Eugen still und friedlich wie ein Kind. Victorine hatte einen mitterlich beschlagenden Ausdruck im Gesicht, der ihr etwas Hoheitsvolles gab. Dieser Viebesali, in dem sich die Gefühle der Frauen erschöpften, bealüchtete sie, sie durfte Eugens Herz gegen das ihre klopfen hören, ohne Unrecht zu begehen. Ihr Gebanken wirbelten ertregt durcheinander; bei der Wärme, die der reine Körper, der gegen den ihren lehnte, ausstrahlte, stieg ein wollüstiges Emwinden in ihr auf.

„Armes Kind,“ sagte Frau Couture und drückte ihr die Hand.

Die alte Dame bewunderte dieses reine, leidende Gesicht, über dem der Widerschein inneren Glückes lag. Victorine glich einem der naiven Bilder des Mittelalters, bei dem der Künstler aus alles Beiwerk verdrängt und den Zauber seines Pinsels für das Anflüg aufgepart hat, das der Himmel mit seinen goldigen Tinten übergossen hat.

„Er hat nicht mehr als zwei Gläser getrunken,“ sagte Victorine und strich leise über Eugens Haar.

(Fortsetzung folgt.)

mehr Mitgliederbesammlungen mit auffällenden Vorträgen und Lichtbildervorträge in allen Orten abgehalten werden. Die Funktionäre und Angestellten sind durch besondere Kurse zu schulen und insbesondere wird man sich mit der Erziehung der Frauen zu überzeugten Genossenschaftlerinnen befassen müssen. — Zu dem Bericht des Vorsitzenden erklärte namens des Ausschusses Boer-Drahowitz, daß der Ausschussrat die gesamte Geschäftsführung jeden Monat einer genauen Prüfung unterzogen hat und er im Namen des Ausschusses dem Vorsitzenden das beste Zeugnis über die Geschäftsführung ausstellen kann. An diese Berichte schloß sich eine eingehende Debatte, worauf die Wahlen vorgenommen wurden. Genosse Benzler Lorenz wurde abermals zum Obmann gewählt. — In der Zentrale in Al-Rohlau war anlässlich der Generalversammlung für die Angestellten und Delegierten eine Warenausstellung arrangiert, um den Teilnehmern der Generalversammlung vor Augen zu führen, welche Waren die Genossenschaft gegenwärtig führt, und zu welchen Preisen sie verkauft. Die Ausstellung wurde von mehr als 200 Delegierten besucht, welche eine Reihe von Anregungen dort empfingen.

Eine rheinisch-westfälische Notenbank. Davas berichtet aus Düsseldorf: Eine neue Beratung zwischen den Vertretern der rheinischen Banken unter dem Vorsitz des Geheimrates Hagen und den Vertretern der französischen Banken hat in Bonn zwecks Errichtung einer rheinisch-westfälischen Emissionsbank stattgefunden. Für das französische Finanzministerium wählten den Verhandlungen der Direktor der Banque de France, Atthelin und der Direktor Schweizerbank der Credit National bei. Es wurde der Zahlungsentwurf für die neue Emissionsbank durchgesprochen und bestimmt, daß an dieser Bank deutsches, englisches, belgisches, französisches und amerikanisches Kapital beteiligt werden soll. Auch drei Vertreter der Rheinlandkommission, ein Engländer, Franzose und ein Belgier, wählten den Verhandlungen bei.

Das Zweimilliardengeschäft an die italienischen Privatbanken. Nach der Aufstellung der Finanzkommission des italienischen Parlaments wird die Staatskasse an die in Räte geratenen Privatbanken die enorme Summe von zwei Milliarden Lire betragen, die, auf mehrere Jahre verteilt, an die Gläubiger dieser Banken ausgezahlt werden. Die „Sanierung“ wird durch die Notenbank vorgenommen, die jedoch bis zu dem erwähnten Betrag von der Zahlung der sonst fälligen Banknotensteuern befreit wird. Nach dem Kriege, als im italienischen Parlament die linksstehenden Parteien das Uebergewicht hatten, wurden die Banken mit einer Kriegsgewinnsteuer in der Höhe von 100 Prozent belegt, und es wurde eine Kommission zur Untersuchung ihrer Mißbräuche während des Krieges eingesetzt. Mussolini, der die Erbschaftsteuer und die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft hat, schenkt ihnen jetzt aus Staatsmitteln zwei Milliarden. Diese Wohlthat wird damit begründet, daß die Banken Industrieunternehmungen unterhielten, welche Munition und Waffen herstellten. Deshalb sei ihre Tätigkeit von nationalem Interesse!

Ausdehnung der amerikanischen Arbeiterbanken. Die Gründung von Arbeiterbanken in den Vereinigten Staaten und außerhalb dieser auch in anderen Ländern des amerikanischen Kontinents, wie Chile und Mexiko, schreitet vorwärts. Der konservative Gewerkschaftsbund von Gompers verweigert dieser Bewegung seine Unterstützung. Auch stehen oft radikale Gewerkschaftsleute den Arbeiterbanken ablehnend gegenüber, da sie in diesen ein Hindernis für die künftige Sozialisierung des Kreditwesens erblicken. Trotz allem schreitet die Begründung von Arbeiterbanken unbehindert vorwärts. Dabei werden vorerst noch nicht sehr weitgehende Ziele gesteckt. Einstweilen kann man wohl noch nicht daran denken, daß die Arbeiterschaft durch Beherrschung des Kreditapparates die Kontrolle der Produktion erringen kann. Dazu sind die Arbeiterbanken noch zu jung. Dagegen stellen sie eine mächtige Waffe im Streikampf dar. Die Gewerkschaft der Bekleidungsindustriearbeiter, eine der radikalsten Organisationen, die einzige, die in der letzten Zeit einen durchaus erfolgreichen Streik durchzuführen vermochte, steht an der Spitze der Bewegung zur Gründung von Arbeiterbanken. Dem angelegten Kapital nach sind die Banken der Maschinisten und der Lokomotivführer die größten, die der letzteren verfügt über ein Kapital von 24 Millionen Dollar. Gegenwärtig bestehen 15 Arbeiterbanken mit einem Kapital von über 44 Millionen Dollar und weitere 28 sind im Entstehen begriffen. Demnächst soll die Bank der Bergarbeiter unter dem Vorsteh des Präsidenten des Bergarbeiterverbandes John E. Lewis in Indianapolis mit einem Aktienkapital von einer Million Dollar ihre Tätigkeit beginnen. Sieben andere stehen ebenfalls vor der Eröffnung und zwanzig weitere werden bis Ende des nächsten Jahres ihre Arbeit aufnehmen. In zwei kapitalistischen Großbanken von New York und Washington (Empire Trust Company und National Banc of Washington) besitzen die Maschinistenarbeiter, beziehungsweise die Maschinisten 33, beziehungsweise 40 Prozent der Aktien. Die Bank der Bekleidungsarbeiter ist in Verbindung mit der Industriebank in Moskau. — Die amerikanischen Gründungen haben in verschiedenen Ländern zur Nachahmung angeregt. In Chile wurde eine ganze Anzahl von Arbeiterbanken gegründet, in Palästina eine Arbeiterbank mit einem Kapital von anderthalb Millionen Dollar, und mehrere in Mexiko.

Ein Preisartikell der englischen und amerikanischen Welt. Die drei Riesenkräfte, welche die Weltwirtschaft beherrschen, die amerikanische Standard Oil, die englisch-holländische Royal Dutch Shell und die englische

Anglo-Persian Company, deren Hauptaktionär der englische Staat selbst ist, haben ein Preisartikell gegründet, um eine gemeinsame Preispolitik zu betreiben. Die Ueberproduktion in der Petroleumindustrie führte zu sinkenden Preisen. Das Preisartikell verfolgt das Ziel, die Preise weiter hochzuhalten. Die Politik des Standard Oil geht dahin, große Vorräte anzuhäufen, um Preisrückgänge auch auf diese Weise vorzubeugen. Die Konkurrenz unter den beiden Trusts wurde also ausgeschaltet und wird sich künftighin nur auf die Restante beschränken. Das englische Kapital ist dem amerikanischen auch sonst entgegengekommen. Die wirtschaftliche Vormacht Amerikas macht sich auch auf diesem Gebiete geltend. Auf der Jagd nach Delfeldern in allen Erdteilen kam das amerikanische Kapital bekanntlich verspätet zur Stelle. Jetzt gilt es ihm daher, das Versäumte durch politischen Druck nachzuholen. Die Konferenzen von Genoa, Haag und Lausanne waren von der Delfeldern beherrscht. Als Nachspiel der Konferenz von Lausanne wird nun das amerikanische „Standard Oil“ Beteiligung an den mesopotamischen Delfeldern gewinnen. Der deutsche Anteil an den mesopotamischen Delfeldern (Turkish Petroleum Company) mußte nach dem Krieg an die Anglo-Persian Company abgetreten werden. Den Franzosen gelang es gelegentlich der Konferenz zu San Remo, eine Beteiligung von 25 Prozent zu gewinnen. Amerika blieb aus dem Spiel. Die Vorstellungen der amerikanischen Regierung in Lausanne führten jedoch zu einem Erfolg. Die englische Anglo-Persian Company wird dem „Economist“ zufolge die Hälfte ihrer Aktien der Standard Oil abtreten, die nun ebenfalls mit einem Viertel an der Ausbeutung der mesopotamischen Gruben beteiligt sein wird. Nicht ohne Grund wird der amerikanische Staatssekretär Hughes der „Delminister“ genannt.

Devienturle.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	24.11.23	10.63.75
Berlin	122.600.000.000/00	
Wien	206.600	

Prager Kurse am 27. November.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1331.00	1335.00
1 Billion Par.	4.45	4.85
100 belg. Francs	161.75	163.25
100 schweiz. Francs	607.75	610.25
1 Pfund Sterling	151.25/00	152.75/00
100 Lire	151.5/00	153.00/00
1 Dollar	4.80/00	3.0/00
100 franz. Francs	189.00/00	190.5/00
100 Dinar	39.25/00	39.75/00
1,000 magar. Kronen	17.25/00	19.25/00
1,000,000 russ. Rubl.	7.75	9.75
10,000 österr. Kronen	4.6/00	5.10/00

Der Film.

Uranio Kino. Heute hat 6 und 8 Uhr: „Banina“. In den Hauptrollen: Asta Nielsen, Paul Wegener, Paul Hartmann. Dazu: „Chaplin als Hüter der öffentlichen Ordnung“, Lustspiel. Und: „Bayerische Königschlösser“, Naturaufnahmen. Preise der Plätze: 3—12 K. Boverkauf: Wichter und Uranio. Morgen Donnerstag halb 6 und 8 Uhr letzte Vorstellungen dieses padernden Filmwerkes in der von allen Besuchern einstimmig anerkannten erstklassigen Darstellung. 1921

Kunst und Wissen.

„Die Erziehung aus dem Sexual“ von W. A. Mozart. (Gastspiel Bernhard Sterned, Neues Deutsches Theater, 26. November 1923.) Daß sich der ehemalige Lieblingssoffist unseres deutschen Theaters gerade die Rolle des Dämon zu seinem Gastspiele wähle, mag seinen Grund in der Dankbarkeit dieser Partie haben. Vom gesangskünstlerischen Standpunkte aus freilich hätten wir den Künstler lieber in einer seiner ganz großen Buffrollen gehört. Einzig die große Arie des Dämon „Solche hergelaufne Laffen“ im ersten Akte gab Gelegen-

heit, uns an der prachtvollen Leistung Sterneds als lebendiger Darsteller und virtuoser Sänger zu begeistern. Der Wiedererfolg dieses Hoffstien würde unsere Oper bei der vorzüglichen Besetzung fast aller Gesangsfächer auf ein ungeahnt hohes Niveau bringen. Neubelebt in der montägigen „Entführung“ waren die Rollen des Belmonte, den Herr Eisenberg mehr schmachend als mozarthisch sang, und des Blondchens, das in Frau de Garma eine gefanglich ausreichende, in der Darstellung aber etwas zu übertrieben ausgelassene Vertreterin hatte. Dirigent des antiernten Opernabends war Kapellmeister Erich Stetel. —ok.

Ein neues Prager Kammerorchester. (Eröffnungskonzert in der „Urania“, 26. November 1923.) Das Prager deutsche Musikleben war hinsichtlich der Aufführung von Orchesterkompositionen bisher ausschließlich auf den großen Apparat des Theaterorchesters angewiesen, das für private Konzertaufführungen aber sehr spielsüchtig und nur schwer zu erlangen war. Es ist daher aufrichtig zu begrüßen, daß ein deutscher Instrumentalkörper ins Leben gerufen wurde, der die Möglichkeiten bietet, der im Prager deutschen Konzertsaal im letzten Jahrzehnte eingetretenen Verarmung an orchestralem Darbietungen abzuhelfen. Es ist zum großen Teile dem persönlichen Verdienste des Gemeinlich Schülers Erich Wachtel zu danken, daß dieses Kammerorchester, das am Montag zum erstmaligen vor die Öffentlichkeit trat, zustande kam. Daß Erich Wachtel, dieser erst strebende, als Dirigent und schöpferischer Künstler gleich beachtenswerde junge Musiker sich an die Spitze des Orchesters stellt, verbürgt eine gute künstlerische Zukunft. Voraussetzung hierfür wird sein, daß der neue Orchesterkörper die Grenzen des ihm möglichen Könnens nicht überschreitet und seine Betätigung auf jenem Gebiete der Musik sucht, für das es nach seinem Titel bestimmt ist, nämlich auf dem Gebiete der erweiterten Kammermusik. Proben der bezüglichen literarischen Literatur bekam man gleich im Eröffnungskonzerte zu hören: Eines der sogenannten Oben-Konzerte oder concerti grossi von G. F. Händel, ein Konzert für zwei Violinen (Prof. Schweyda und Konzertmeister Frankendusch) von Joh. Seb. Bach, Bocherinis Madrigel „nächtliche Musik“ und ein Divertimento von Mozart. Wenn auch noch nicht alles künstlerisch so geriet, wie man es wünschen möchte und im Vortrage der Al-fresco-Ton mehr vorherrschte als dynamische und rhythmische Ausgeglichenheit, so ist doch anzunehmen, daß mit den Zielen und Aufgaben auch die künstlerischen Kräfte dieses neuen Kammerorchesters wachsen werden. —ok.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch und Freitag Gastspiel Konstantin-Raimundtheater „Die Sache Matropulos“; Donnerstag Gastspiel Konstantin-Raimundtheater „Fisching“; Samstag die Strauß Operette „Der letzte Walzer“.

Kritikvorstellung „Mignon“. Kommenben Sonntag gelang als Arbeitervorstellung die populäre Thomas-Oper „Mignon“ im Neuen Deutschen Theater zur Aufführung. Beginn halb 3 Uhr. Bedeurend ermäßigte Preise. Kartenverkauf täglich bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25.

Urania.

Heute, 5 Uhr: „Handfertigkeitkurs“, Prof. Bruschka. „Stimmen der Vögel in Liebern“ mit Sicht- und Phonogramm. Univ.-Prof. Doegen. Heute, 8 Uhr. Eine märchenhafte Reise durch die ganze Welt. Karten 10—4, Mitgl. 8—3 K. „Die Bedeutung der Berliner Bauhöfische“ mit Licht- und Phonogramm. 2. Vortrag. Univ.-Prof. Doegen, Donnerstag, 8 Uhr. Ort: Saal XX, Deutsche Technik, Fußgasse 8.

„Sprache, Volkstum und Deutung im Lichte der Anthropologie“, Dr. Herbert Sahn, Lehrer an der Waldorf-Schule (Stuttgart). Donnerstag, 8 Uhr. Karten 4—7, Mitgl. 3—6 K. (Veranstaltet gemeinsam mit der anthropologischen Gesellschaft.)
„Nation als Kirche“, Baron Coudehdove. Kalergerl, Freitag, 30., 8 Uhr. Karten 10—4, Mitgl. 8—3 K.
Kulturfilmvorführung „Kolumbus“ mit einleitendem Vortrag. In der Hauptrolle: Albert Basser mann. Dazu eine Naturaufnahme. Samstag, den 1. Dezember, 3 Uhr und Sonntag, halb 11 Uhr vorm. Karten 2—7, Mitgl. 1—6 K.
Robertes Bildungs-Institut „Urania“: „Kinderspielzeug und Alerlei für unsere Kleinen“, Leitung: Karli Friedmann. Vier Doppelstunden: 20 K. Beginn: Donnerstag, 29. d. 5 Uhr. 1923

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Böh. Leipa. In der am letzten Sonntag stattgefundenen Bezirkskonferenz nahmen 39 Delegierte teil. Für die Kreisvertretung waren die Genossen Kögler und Schiller anwesend. Nach Erstattung der Berichte, die ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurden, sprach Genosse Kögler über „Unsere nächsten Aufgaben“. In seinem Referate führte er aus, daß bei den letzten Gemeindevahlen im Bezirke Leipa die Kommunisten nur 1200 Stimmen aufbringen konnten, während die Sozialdemokraten 3300 Stimmen auf sich vereinigten. Um der Erreichung von 25 Mandaten willen, haben die Kommunisten also die Bewegung spalten müssen. Zum Schluß wurden die Wahlen in die Bezirksleitung, den Bezirksbildungs-ausschuss und die Wahl der Delegierten zum Parteitag vorgenommen.

Die Bezirkskonferenz in Jochimbsch findet Sonntag, den 2. Dezember mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, „Proletarische Bildungsbewegung“ (Ref.: Genosse Wondrat-Karlshof), Parteitag, Organisationsangelegenheiten.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch, Prag,** Graben 23, Kl. Besen. 1332

12 Photographien für K6 nur im Photo-Studio Prag, Vaclavské nam. 15. 1872

Dem laufenden Publikum zur Erwägung.

Das Konfektionshaus Stránský, Prag, Chyberná eröffnet am Freitag, den 20. November in allen seinen Abteilungen eine außergewöhnliche **W e i ß n a c h t s - O k l a s s i o n**. Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, mit dem Einkauf zu warten. Die Preise werden so niedrig gehalten sein, daß es auch dem Allerärmsten ermöglicht wird, sich so billig, wie geschmackvoll zu kleiden. Vorläufig nur so viel, daß Sie bereits für K6 98.— einen modernen Herren-Anzug mit Wollserge erhalten und auf gleichniedriger Stufe werden die Preise sämtlicher Artikel gehalten sein. 1920

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Gorman. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Polik.

Bibliotheken
 für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Vollstbüchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.
 In einer Stunde
 Das Weltall, Mikroskopie, Weltgeschichte, Kunstgeschichte, Weltliteratur, Deutsche Literatur, Physik, Chemie
 Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Schöttler, Klambund, Lassar-Cohn u. a. — Je der Band gebunden K6 6.50.
 Zu beziehen durch die **Büchhandlung Freibe i** Teplic, Tschánu, Tscherningasse Nr. 18.
 Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“



Das ist die Qualitätsmarke!
Berson
 Gummiabsätze und Gummi-sohlen.



BADESEIFE
 hat Welttruf